

Ein weiteres arbeitsreiches Jahr neigt sich seinem Ende zu. Es wird sicherlich nicht zu vermeiden sein, dass die Herausforderungen, die die EU derzeit zu bewältigen hat, auch weiterhin bestehen bleiben. Die europäische Migrationskrise, der Brexit, die Folgen der Wahlen in den USA und der Terrorismus zählen für die Bürger Europas zu den derzeit wichtigsten Problemen. Trotz dieser Probleme und Anliegen hat der Verein der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments mit großem Erfolg mehrere Tätigkeiten und Jahresveranstaltungen durchgeführt, darunter unsere Studienreise nach Serbien, das Kolloquium der Europäischen Assoziation in Lyon und unsere Reise in die Slowakei, die den EU-Ratsvorsitz innehat. Und schließlich beteiligten sich unsere Mitglieder auch an hochrangigen Konferenzen und Seminaren zu aktuellen Themen, die von europäischen und überseeischen Universitäten durchgeführt wurden. Ein ausführlicher Bericht darüber wird in der Ausgabe vom März 2017 erscheinen.

Die erste Reise des Vereins in diesem Quartal war die Studienreise nach Serbien, wo unsere Mitglieder Abgeordnete, Regierungsvertreter, NRO, Vertreter von Hochschulen und Medienvertreter trafen.

Der Besuch fand vom 25. September bis zum 2. Oktober in Belgrad statt und umfasste ein umfangreiches Programm mit dem Leiter der Delegation, Jan-Willem Bertens. Während des Besuchs hatten unsere Mitglieder die Gelegenheit, Abgeordnete und Regierungsvertreter zu treffen. Zudem nahmen sie an Sitzungen mit der Handelskammer, mit Vertretern der Autonomen Provinz Vojvodina und von Niš, mit Gewerkschaften sowie mit Vertretern von NRO, die sich mit der Normalisierung der Beziehungen zwischen Belgrad und Priština, mit Menschenrechten, Korruption und Migration befassen, teil. Zu guter Letzt führten die Mitglieder unseres Vereins eine lebhafte und interessante Aussprache mit Universitätsstudenten der Fakultäten für Rechtswissenschaften, Wirtschaft, Politikwissenschaften und Philologie sowie mit einer Gruppe des Europäischen Jugendparlaments und dem Erasmus Student Network. In dieser Ausgabe finden Sie verschiedene Beiträge von Mitgliedern des Vereins der ehemaligen Mitglieder, die an der Reise teilgenommen haben.

Das Kolloquium der Europäischen Assoziation fand am 10. Oktober in Lyon zum Thema „Herausforderungen der Immigration“ statt und wurde durch einen Vortrag des Vereins TRACES darüber bereichert, wie sich die Migration auf die Geschichte und Erinnerung der Region ausgewirkt hat. Die angenommene Erklärung ist auf unserer Website www.formermembers.eu abrufbar.

Darüber hinaus besuchte die Delegation des Vereins der ehemaligen Mitglieder die Slowakei. Es war eine sehr geschäftige und gut organisierte Reise, die vom 7. bis zum 8. November stattfand. Wir hatten die Gelegenheit, Ladislav Kamenicky, Vorsitzender des Finanz- und Haushaltsausschusses, Blaha Ľuboš, Vorsitzender des Ausschusses für europäische Angelegenheiten, und Miroslav Lajčák, Minister für auswärtige und europäische Angelegenheiten der Slowakischen Republik, zu treffen. Umrahmt wurden diese Treffen von Vorträgen zur parlamentarischen Dimension des slowakischen Ratsvorsitzes und zur geschichtlichen Entwicklung des Nationalrates. Zudem nahm unsere Delegation gerne die Gelegenheit wahr, an Führungen, etwa durch das Schloss von Bratislava oder das Hauptgebäude des Nationalrates, teilzunehmen.

Die intensiven Diskussionen konzentrierten sich auf die wichtigsten Themen auf der Agenda des Ratsvorsitzes – etwa die Flüchtlings- und Migrationskrise, die EU-Außenpolitik sowie die Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parla-menten.

Ich bedanke mich bei allen, die am 30. November und 1. Dezember an unseren Jahresveranstaltungen in Brüssel teilgenommen haben. Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlaments, war wie in den vergangenen Jahren Gastgeber des Cocktailempfangs, der dem alljährlich stattfindenden Galadinner vorausging. Das Thema des jährlichen Seminars des Vereins der ehemaligen Mitglieder lautete dieses Jahr „Wie kann die auf den Gründungsprinzipien der EU basierende Demokratie geschützt und gefördert werden?“ Ein Bericht zu dieser Veranstaltung wird in der Ausgabe vom März 2017 erscheinen.

Schließlich bedanke ich mich bei all jenen, die sich aktiv an der Arbeit des Vereins der ehemaligen Mitglieder beteiligt haben, und insbesondere bei jenen Mitgliedern, die im Jahr 2016 dazu beigetragen haben, dass der Verein seinen Erfolg fortführen und seinen Standards weiterhin entsprechen konnte.

Ich wünsche Ihnen und all Ihren Angehörigen frohe Weihnachten und ein glückliches, erfolgreiches und gesundes Jahr 2017!

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Enrique Barón Crespo', written over a horizontal line.

Enrique BARÓN CRESPO

Nach dem Brexit-Referendum haben Enrique Baron Crespo und Richard Balfe in der letzten Ausgabe des Bulletins die Gefahren und Risiken eines politischen Missbrauchs von Referenden in der Union klar dargestellt. Ihre Argumentation ist äußerst überzeugend. Dazu kommt allerdings, dass sich auch aus rein juristischer Perspektive zwei grundsätzliche Fragen zu Referenden in Europa stellen.

Zunächst ist nicht klar, ob das Referendum – in einer Zeit der weltweiten Probleme und Ängste – immer noch ein Instrument der Demokratie ist oder mittlerweile eher eine Bedrohung für sie darstellt.

Die zweite Frage ist, ob das „Referendum in einem einzigen Land“ nicht der letzte Ausdruck jenes absoluten nationalen Souveränitätsdenkens ist, das mit der Union überwunden werden sollte.

Die erste Frage muss differenziert betrachtet werden: Referenden zu präzise gefassten Gesetzesvorhaben, etwa zur Durchführung oder Unterlassung eines öffentlichen Bauvorhabens, schaden der Demokratie nicht. Sie sind vielmehr ein Ausdruck der „direkten“ Demokratie, da sich die Bürger einerseits ohne die Vermittlung von Vertretern ausdrücken und andererseits der Gegenstand der Entscheidung klar definiert und in seinen Auswirkungen begrenzt sowie für jeden ohne Verweis auf andere Fragen verständlich ist.

Anders verhält es sich jedoch, wenn ein Referendum allgemeine und komplexe politische Themen betrifft. Dann wird es zu einer rücksichtslosen Waffe gegen begründetes Urteilen, rationale Überlegungen und Kompromisse, also gegen die ureigensten Aufgaben der Parlamente.

Die zweite Frage lautet: Sind die „Referenden in einem einzigen Land“ mit dem mehrstaatlichen Aufbau der Union vereinbar, wenn sich in derartigen Referenden nur die Wähler eines einzigen Landes äußern, die Abstimmungsergebnisse jedoch auch für alle anderen Bürger der Union Folgen haben?

Auch hier muss differenziert werden. Es ist in der Tat unbestritten, dass eine Entscheidung des Staatsvolks im Voraus erfragt werden kann (oder vielleicht muss), wenn über – ursprüngliche oder spätere – Einschränkungen seiner Souveränität entschieden werden soll. Aber wenn der Beitritt zur europäischen Ordnung einmal geschehen ist, tritt automatisch deren erste Regel in Kraft: „Die Arbeitsweise der Europäischen Union beruht auf der repräsentativen Demokratie.“ (Art. 10 des Vertrags). Diese Grundregel wird sicherlich verletzt, wenn nationale Referenden, die aufgrund von innenpolitischen Gründen in diesem oder jenem Land abgehalten werden, Entscheidungen scheitern lassen, die von den Regierungen und Parlamenten in ihrer institutionellen Zusammenarbeit getroffen wurden, und damit Folgen für die gesamte Union nach sich ziehen.

Mit dem Brexit-Referendum wurde das jahrhundertalte Dogma der parlamentarischen Souveränität verletzt, das eine der Säulen der ungeschriebenen Verfassung des Vereinigten Königreichs ist. Der Wille des Volkes, der eigentlich nur „beratende“ Wirkung haben sollte, erweist sich als stärker als die „europäische“ Mehrheit des Parlaments von Westminster und seiner Regierung. Aber abgesehen von dieser internen Verfassungsrevolution wirkt sich das Brexit-Referendum auch auf die gesamte Union aus, da es an einem einzigen Tag eine seit 43 Jahren bestehende Beziehung zerschlagen hat, die von Regierungen und Parlamenten –

Organen der „repräsentativen Demokratie“ – rechtmäßigerweise vereinbart worden ist und mit der der Ärmelkanal „schmäler“ geworden ist.

Zwar sind Folgen des Brexit-Referendums katastrophaler als die aller anderen bisherigen nationalen Referenden, doch ist es nicht das erste, in dem sich die Bürger gegen die EU ausgesprochen haben. Erinnern wir uns an den Mai und Juni 2005, als die zwei Referenden in Frankreich und den Niederlanden jenen „Vertrag über eine Verfassung für Europa“ scheitern ließen, der am 29. Oktober 2004 in Rom von allen Regierungen der Union feierlich unterzeichnet worden war. Erst vor kurzem, im April diesen Jahres, hat – wieder in den Niederlanden – ein nationales Referendum das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine scheitern lassen. Auch in anderen Ländern werden weitere antieuropäische Referenden erwartet und gefordert.

Diese Ereignisse schwächen die Union. Auch weil es scheint, dass die „Politikverdrossenheit“ – ein Schlagwort, das man heutzutage überall hört – im Referendum den ihr gemäßen institutionellen Ausdruck gefunden hat, mit dem die wirre „Stimme des Protestes“ am besten rechtlich in eine endgültige Form gegossen werden kann, als bürgerlicher Akt des reinen Instinkts, ohne die Last eines Programms oder die Übernahme von demokratischer Verantwortung gegenüber den Wählern.

Es schwierig, Gegenmittel zu finden, die jene „Volksabstimmungen gegen die Demokratie“ verhindern können, doch genau dies sollte die Aufgabe der Erneuerer der europäischen Verfassung sein, die dabei keine Minderwertigkeitskomplexe gegenüber alten und modernen Mythen haben dürfen. Es geht darum, in einer neuen demokratischen Ordnung den Konflikt zwischen den verschiedenen Ausdrucksformen des Volkswillens auszuräumen, damit verhindert werden kann, dass die Demokratie zurückgedrängt wird und mehr und mehr plebiszitären Tyranneien weichen muss (Baron Crespo und Balfe erinnerten nicht zufällig an das Jahr 1933). Dies sollte mit Hilfe von immer engeren Beziehungen und einer immer engeren Zusammenarbeit der europäischen Parlamente in dem einzigartigen Netz der gemeinsam ausgeübten Souveränität Europas geschehen.

Andrea Manzella

PSE, Italie (1994-1999)

an.manzella@gmail.com

Der US-amerikanischen Überlieferung zufolge spielte die britische Militärkapelle die Melodie des Liedes zu Anfang dieses Artikels „The world turned upside down“, nachdem die Briten bei der letzten Schlacht zur Bewahrung der amerikanischen Kolonien den Truppen George Washingtons unterlegen waren.

Die vor kurzem erfolgte Wahl von Donald Trump ist ein weiterer Ausdruck der sich schnell wandelnden Welt, in der wir leben. Der Brexit, der Aufstieg von Marine Le Pen, die beinahe schon sichere Niederlage beim anstehenden italienischen Referendum, die faktische Lossagung der ungarischen Regierung von den europäischen Werten sowie eine Fülle weiterer politischer Turbulenzen sind ein Anzeichen dafür, dass sich die lang anhaltende Nachkriegsordnung dem Ende zuneigt.

Die Wahl von Trump stellt nicht zwangsläufig eine schlechte Nachricht für Europa dar, wenn wir dadurch gezwungen werden, Prioritäten zu überdenken. Seit allzu langer Zeit haben wir die Verteidigungsausgaben vernachlässigt. Die Tatsache, dass die Militärausgaben vom Kongress bestimmt werden, hat dazu geführt, dass die Mittelausgaben hoch sind und dass in den Kongressbezirken viele Arbeitsplätze geschaffen wurden. Dem kann und muss ein Ende gesetzt werden. Europa darf sich bei der Verteidigung seiner Grenzen nicht auf die USA verlassen; zudem dürfte die Abhängigkeit von der militärischen Stärke der USA Washington einen zu großen Einfluss auf die europäische Politik eingeräumt haben.

Infolge des Erweiterungsprozesses sind wohl eine Reihe von Ländern in die EU aufgenommen worden, die eindeutig von Werten geleitet werden, welche mit den Zielen der EU-Gründer mehr oder weniger unvereinbar sind.

Ein wichtiger Faktor bei der Brexit-Abstimmung dürfte die scheinbar unkontrollierte Zuwanderung im Rahmen der EU-Bestimmungen über die Freizügigkeit gewesen sein.

Eine weitere Folge der Wahl Trumps wird das beinahe schon sichere Ende von TTIP sein. Vieles wurde über den Freihandel erzählt, wenn Sie aber in einer heruntergekommenen Gegend mit Reallöhnen leben müssen, die auf Dauer zu stagnieren scheinen, dann erscheint der Freihandel lediglich als Mittel, um die Reichen noch reicher zu machen.

Die demokratische Maschinerie in den USA muss auch Selbstreflexion üben. Anscheinend hat nur Bill Clinton die Entfremdung bei der Kernwählerschaft der Demokraten – den Arbeitnehmern – wahrgenommen, und er wurde in der britischen Presse geringschätzig als „alter Mann ohne Bezug zur Realität“ dargestellt.

In Wirklichkeit wurde die demokratische Maschinerie von Hillary Clinton beherrscht, und viele weitere plausible Mitstreiter, etwa Elizabeth Warren, wurden ins Abseits gedrängt. Lediglich Bernie Sanders bot eine realistische Alternative, aber er wurde eher ins Lächerliche gezogen, als dass seine Botschaft bei den Demokraten Gehör gefunden hätte.

Die neue Weltordnung wird sich als eine für Deutschland besonders schwierige Herausforderung erweisen. Während das Vereinigte Königreich nicht länger mit am Tisch sitzen wird und Frankreich in einer stetigen Abwärtsspirale gefangen zu sein scheint, wird die Bundesregierung eine viel bedeutsamere Rolle spielen müssen. Den Anfang muss eine Neubewertung des Euro-Währungsgebiets und insbesondere eine weniger von Austerität geprägte Politik gegenüber Griechenland sowie ein System eines viel stärkeren Finanzausgleichs im Euro-Währungsgebiet bilden, wenn die Währung überleben soll.

So sollte der Sieg Trumps bei einer demokratischen Wahl für uns Anlass sein, eine Denkpause einzulegen. Wie können wir den Vergessenen und Ausgegrenzten wieder Hoffnung geben? Sollten wir nicht in der Lage sein, uns dieser Herausforderung zu stellen, steuert die Demokratie schweren Zeiten entgegen.

Lord Richard Balfe

Die GSVP nach dem Vertrag von Lissabon und die neue globale Strategie der EU

Trotz des langwierigen Prozesses der strategischen Neuausrichtung des Sicherheitsumfelds erweist sich die Ausarbeitung einer neuen Globalen Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union als positiver Schritt, zumal die Lage im Nahen Osten, in Nordafrika und der Ukraine die Notwendigkeit einer neuen strategischen Vision und eines entsprechenden Vorgehens immer stärker herausstellt.

Die globale Strategie der EU ist ein wichtiger Schritt im Prozess der Festlegung des Ausmaßes ihrer Bestrebungen, ihrer strategischen Ziele und militärischen Fähigkeiten. Darin wird aufgezeigt, welche Art von Akteur die EU zu sein anstrebt, auf welche Form von Macht sie zurückzugreifen beabsichtigt, welche Mittel für die Verteidigung zugewiesen werden, wo ihre Bestrebungen hinsichtlich neuer Technologien und Investitionen im Bereich der europäischen Verteidigungsindustrie liegen und wie das Zusammenspiel zwischen der EU und der NATO aussieht.

Allerdings ist durch die Ausarbeitung der neuen Globalen EU-Strategie ihre Anwendung in der Praxis nicht zwangsläufig gewährleistet, da sich folgende Herausforderungen ergeben:

- *die Gefahr, dass das strategische Dokument nur unverbindlich ist und/oder das Dokument keinen Schwerpunkt hat und aufgrund der komplexen Natur der Bedrohungen bei den zu behandelnden Problemen zu weitläufig gefasst ist;

- *die Gelegenheit zu verpassen, die Strategie innovativ zu gestalten, indem diese in ein flexibles Dokument umgewandelt wird, das die Reaktionsfähigkeit, und nicht nur das vorausschauende Handeln der EU in bestimmten Fällen belegt;

- *eine fehlende einheitliche Bewertung der Risiken des Sicherheitsumfelds;

- *der zwischenstaatliche Charakter der GSVP, demzufolge die Staaten weiterhin der maßgebliche Faktor der Politik auf diesem Gebiet sein werden.

Von der rechtzeitigen Bewältigung dieser Herausforderungen hängen die Weiterentwicklung der GSVP und die Positionierung der EU als globaler strategischer Akteur ab.

In der GSVP zeichnen sich folgende beiden Szenarien ab: eine militärische Integration der „zwei Geschwindigkeiten“ in der EU und die Schaffung einer europäischen Armee in den nächsten zehn Jahren.

Die Wahrscheinlichkeit einer militärischen Integration der „zwei Geschwindigkeiten“ liegt derzeit höher, da es dafür ein geltendes Rechtsinstrument gibt und im Vertrag von Lissabon Möglichkeiten einer ständigen strukturierten Zusammenarbeit (Artikel I-41 Ziffer 6) vorgesehen sind, was einen Fortschritt in der EU-Integration darstellt, der von allen Mitgliedstaaten akzeptiert wurde und diese zusammenführt. Dieses Szenarium ist sowohl mit einem Schritt hin zu einer engeren Annäherung zwischen den Mitgliedstaaten im Verteidigungsbereich als auch mit verstärkten Bestrebungen verbunden, den Mitgliedstaaten unter die Arme zu greifen, die bei der Modernisierung ihrer militärischen Fähigkeiten hinterherhinken. Dabei handelt es sich um Überlegungen über die derzeit bestehenden Tendenzen in anderen Feldern der Integrationspolitik, namentlich dem stufenweisen Beitritt zu

Bereichen der Integrationspolitik, die eher zu den Kernbereichen zählen, etwa was das Euro-Währungsgebiet, den Schengen-Raum und die Bankenunion betrifft.

Mit Blick auf das Szenarium der Schaffung einer unabhängigen europäischen Armee unter dem Gesichtspunkt der *Vertiefung der europäischen Integration; *Erhöhung der Effektivität der europäischen Außenpolitik und der internationalen Wahrnehmung der EU; *Optimierung der Fähigkeiten der Union, die NATO zu ergänzen, aber nicht zu duplizieren, ergeben sich zwei Schlüsselfragen:

*ob die europäische Armee Ähnlichkeiten mit der NATO aufweisen wird – d.h. es wird dann keine einheitlichen vereinten Streitkräfte geben, sondern die nationalen Streitkräfte der Mitgliedstaaten werden als Grundlage herangezogen;

*ob diese nach den Vorstellungen von J. Monnet und R. Pleven aus den 1950er-Jahren für eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft supranationaler Prägung errichtet wird, mit *gemeinsamen Institutionen; *gemeinsamen Streitkräften samt einheitlicher Uniform, einem einheitlichen System der militärischen Ausbildung, einheitlicher Ausrüstung und *einem gemeinsamen Haushalt ausschließlich zu Verteidigungszwecken, deren Einsatz auf dem europäischen Gebiet der Mitgliedstaaten erfolgt.

In Anbetracht der Tatsache, dass das Konzept einer „europäischen Armee“ von Brüssel aus im Rahmen von Erklärungen des Kommissionspräsidenten und einer Reihe von MdEP initiiert wurde, wird eine starke Legitimierung durch die europäischen Parteien möglich. Die europäischen Parteien und ihre parlamentarischen Fraktionen im EP können eine wichtige Rolle bei der Koordinierung dieses Themas spielen, indem sie im Rahmen von Foren für Parteichefs und für Staats- und Regierungschefs sowie bei interparlamentarischen Treffen mit den nationalen Parlamenten größtmögliches Einvernehmen und ein Höchstmaß an Unterstützung vonseiten der Regierungschefs und die Zustimmung ihrer nationalen Parlamente erzielen.

Monika Panayotova

PPE, Bulgarien (2012-2014)

monika.panayotova@gmail.com

Ich möchte Afrikaner sein

In Afrika kommt es derzeit zu „fremdbestimmten“ Deportationen. Die europäischen Mittelmeerstaaten sind die Anlaufstelle für Migranten, die unter Lebensgefahr versuchen, ihrem von Abhängigkeit gezeichneten Leben zu entfliehen. Aber verstehen wir überhaupt, warum? Weil sie gewaltsam dazu gedrängt werden? Oder weil sie sich wirklich frei dafür entscheiden können, für ihre Zukunft ihr Leben aufs Spiel zu setzen?

Es gibt viele Erklärungen für dieses unvorstellbare Migrationschaos. Die erste Erklärung ist, dass die örtlichen Regierungen es nicht ermöglichen, dass man sich „für Afrika“ entscheidet, was den „Menschenmassen“ Anlass zur Hoffnung geben würde. Die Regierungen sorgen mit ihren Entscheidungen nicht dafür, dass die Bevölkerung veranlasst wird, auf ihrem Kontinent zu bleiben. Afrika muss den Rest der Welt also auffordern, die Plünderungen und die Ungerechtigkeit, die der Kontinent erfahren hat, endlich wiedergutzumachen und dazu beizutragen, ihm mithilfe fundierter und nachhaltiger Programme wieder die Würde zu verleihen, die ihm zusteht.

Die Reisen der Hoffnung auf Flüchtlingsbooten und in Särgen verursachen Kosten für alle – nicht nur in Form von Menschenleben, sondern auch in wirtschaftlicher Hinsicht (alleine jene, die 2015 nach Italien gelangt sind, verursachen Kosten in Höhe von beinahe 700 Mio. EUR!). Das führt also für allzu viele Familien zum Verlust von Humankapital und Liquidität. Folglich ist anzunehmen, dass es „fremdbestimmte“ Migration gibt, und daher darf man sich durchaus fragen, wie Einzelpersonen und Familien, die in bitterer Armut leben, es schaffen, sich dieses Kapital anzusparen, bzw. wer ihnen die für diese – möglicherweise letzte – Reise erforderlichen Mittel gibt.

Und welche Kosten entstehen durch diese skandalöse Wanderschaft für Europa – mit Blick auf die Wirtschaft sowie mit Blick auf den Schmerz und die Gewissensbisse aufgrund der Toten? Welche gesellschaftlichen und politischen Kosten entstehen, wenn das Mittelmeer zum Friedhof wird? Auf all das gibt es nur eine Antwort: Aufbau in Afrika. Hunderttausende junger Afrikaner sollten also Computer bekommen, ans Steuer von Baggern gesetzt werden und Arbeitsplätze in Fabriken erhalten. All das jedoch in Afrika. Das Rettungsprojekt muss darin bestehen, dass in Afrika ganze Städte von Grund auf aufgebaut werden – das heißt Häuser und die dazugehörigen Stadtgebiete, Straßen, Beleuchtung, Wasser, gesellschaftliche Zentren, Einkaufszentren, Schulen, Bibliotheken, Flughäfen, Geschäfte, Sport- und Freizeitanlagen, kleine, große und mittlere Industriebetriebe, Handwerksbetriebe, Eisenbahnen, U-Bahnen, Universitäten und Krankenhäuser. Es bedeutet auch, dass große Wüstenflächen wieder für die Landwirtschaft erschlossen werden müssen, denn wenn der Wüstenbildung nicht Einhalt geboten wird (etwa durch den Einsatz neuer Technologien und mithilfe wiederentdeckter traditioneller Anbauverfahren), dürfte sie sich immer weiter ausbreiten. Vorstellbar sind etwa Ballungsräume mit 300 000 oder 400 000 Einwohnern und einer eigenen gesellschaftlichen Struktur, in denen die jeweiligen Muttersprachen gesprochen und die jeweiligen, unterschiedlichen Religionen ausgeübt werden – eine Kette von Siedlungen, die so angeordnet sind, dass sie die derzeit durch Afrika verlaufenden Migrationsrouten durchkreuzen. Durch die Zurückgewinnung von Flächen soll Raum für Ackerbau, Viehhaltung und Viehzucht sowie für die kontrollierte Entsorgung der Abfälle aus den neuen Stadtgebieten geschaffen werden.

Außerdem hätte dies positive Auswirkungen auf den Aufschwung unserer Wirtschaft. Es ist aus Erfahrung bekannt, dass die Professionalisierung, die mit dem Einsatz neuer und alter

Technologien in Verbindung steht, durch Großbaustellen und damit zusammenhängende Tätigkeiten vorangetrieben wird. Der Arbeitsplatz wird zur Ausbildungsstätte. Jeder Facharbeiter, Handwerker, Landvermesser und Landwirt würde zum Lehrer für jene, die über keine spezifischen Kompetenzen verfügen. Wenn dieses Projekt erfolgreich verläuft, könnte es zu einer Abwanderung bestimmter Tätigkeiten aus unseren westlichen Ländern kommen, die aufgrund der rückläufigen Bevölkerungszahlen immer stärker mit einem Arbeitskräftemangel zu kämpfen haben dürften.

Anstatt sie zu uns kommen zu lassen, würden wir also zu ihnen gehen, um die neue Hoffnung, die wir gemeinsam aufbauen würden, zu vermehren und davon zu profitieren.

Roberto Mezzaroma

Italie

FE (1994-1995),

UFE (1995-1998),

PPE (1998-1999)

robertomezzaroma@gmail.com

Politische Einheit in Europa: das Gebot der Stunde

für alle und mit allen, die sie akzeptieren

In Europa gibt es keine gemeinsame Politik zur Bewältigung der Globalisierung oder für den Umgang mit ihr. Die Folgen waren vorhersehbar – und wurden auch tatsächlich von manchen schon früh erkannt.

Das Grundlagenwissen dafür liefert die Geschichte: Wird das eigene Hoheitsgebiet im Übermaß vergrößert, ohne dass es echte Kontrolle und gemeinsame Regeln und Gesetze gibt, zerfällt das Reich. An Beispielen mangelt es nicht: Alexander der Große, das Römische Reich, Karl V., die Österreichisch-Ungarische Monarchie und das Osmanische Reich. Der brennende Wunsch nach Freiheit und mehr wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Gerechtigkeit haben noch stets dazu geführt, dass sich das trennte, was zwar mit Gewalt und durch Bündnisse vereint worden war, was sich aber nicht zu einer organisch gewachsenen Einheit entwickelte.

In dem Vertrag, der von der Europäischen Konvention verfasst, dann abgelehnt und schließlich im Vertrag von Lissabon wieder aufgegriffen wurde, hatte die EU Ziele und Ideale genannt, die nie über die Theorie hinaus kamen bzw. durch eine seltsame Auffassung von der Trennung von Kirche und Staat verdrängt wurden, was wiederum zu einem Europa geführt hat, das nicht Fisch noch Fleisch ist und folglich nicht den Anforderungen des dritten Jahrtausends entspricht, nämlich der Verbindung von Moderne und Entwicklung unter Berücksichtigung der Identität.

Die Geschichte lehrt uns, dass es im Laufe der Jahrhunderte mehrfach zu Massennmigrationen kam. Beim Brand von Izmir am Ende des Griechisch-Türkischen Kriegs 1922 waren die Griechen nach ihrer Niederlage gezwungen, auf dem Seeweg zu fliehen – ein Memento daran, dass das mare nostrum ein Meer der tausend Möglichkeiten und der Tragödien ist.

Die Geschichte lehrt uns auch, dass der Mensch leider bewaffnete Konflikte unter dem Vorwand führt, damit könnten Wirtschaftskrisen gelöst werden.

Die EU, die ausdrücklich mit dem Ziel gegründet worden war, neue Kriege zwischen den Europäern zu verhindern, hat sich weder darum gekümmert, ob sich irgendwo auf der Welt oder an ihren Grenzen Kriege entwickeln könnten, noch hat sie bedacht, welche Folgen politische Flüchtlinge und die Einsätze der EU mit Waffen, Soldaten und Missionen zeitigen würden.

Ein Europa, das sich weigert, seine eigenen Wurzeln anzuerkennen, das sich mit einem Status zwischen Bündnis und Bund abmüht, das nach und nach immer größer wurde, ohne zuvor politische Einheit – wenigstens zwischen den Gründungsländern – erzielt zu haben, und das voller Anmaßung der Meinung war, eine Einheitswährung würde schnell zu politischer Einheit führen, ist zu einer Anhäufung gegensätzlicher Interessen geworden, mit teils untragbaren Besteuerungssystemen. Wirklich nötig wären eigentlich strategische Entscheidungen und gemeinsame Ideale und Ziele.

Die Wirtschaftskrise der letzten Jahre wurde teilweise von der Europäischen Zentralbank im Zaum gehalten, aber sicher nicht von den politischen Organen. Das Europäische Parlament hat zwar die größte Kontroll- und Vorschlagsbefugnis, ist aber die reine Verkörperung des anhaltenden Demokratiedefizits der Organe.

Da dringend Maßnahmen ergriffen werden müssen, was den Umgang mit dem Massenexodus und das Vorgehen gegen Terrorismus betrifft, und da zum einen die Sicherheit und Freiheit zu verteidigen sind und zum anderen die Entwicklung sicherzustellen ist und Garantien für die Wirtschaft, die Gesellschaft und die Gesundheit unserer Mitbürger notwendig sind, müssen wir einen neuen Weg einschlagen.

Wir brauchen so schnell wie möglich politische Einheit zwischen den Staaten – zumal sie alle auf diese Einheit angewiesen sind. Wer nicht sofort beitreten will, gehört auch weiterhin zur EU und kann später entscheiden.

Dieser Weg ist schwer, aber notwendig, und um ihn zu gehen, muss dringend eine neue Konvention einberufen werden (was meiner Meinung nach schon 2012 hilfreich gewesen wäre), wobei diese die Prioritäten und Ziele festzulegen hätte, die sich die Kernstaaten der EU setzen müssen.

Cristiana Muscardini

Europa:

gestern, heute und sicherlich auch morgen stets auf gesellschaftliche Ziele ausgerichtet

Die Weiterentwicklung der Völker war stets von kulturellen Prozessen gekennzeichnet, die sich über sehr lange Zeiträume erstreckten, im Einklang mit dem Generationswechsel verliefen und davon abhingen, wie schnell sich Ideen mithilfe der verfügbaren Mittel verbreiteten.

Im Laufe der Jahrhunderte wurden diese Prozesse immer schneller, und heutzutage werden Nachrichten und damit zusammenhängende Ideen mithilfe virtueller Kommunikationsmedien in dem Moment verbreitet, in dem sie entstehen.

Ich bin mir nicht sicher, ob dem wirklich so ist!

Seit den 50er-Jahren arbeiten wir am Aufbau der Europäischen Union – die erste Etappe wurde 1957 abgeschlossen. Nächstes Jahr wird das 60. Jubiläum begangen, doch unter den Bürgern Europas kann sich das Europabewusstsein, dass sie nämlich nicht die Summe kleiner, durch Staaten definierter Völker, sondern ein europäisches Volk sind – das kulturelle Ziel einer „europäischen Nation“ –, nach wie vor nur schwer durchsetzen.

Man kann sicherlich nicht von der Hand weisen, dass zwischen dem Süden und dem Norden, zwischen Süd- und Mitteleuropäern, zwischen großen und kleinen Staaten, zwischen entwickelten Industrieländern und Ländern, die wirtschaftlich erst seit Kurzem auf eigenen Beinen stehen, Unterschiede bestehen. All das kann man nicht leugnen, doch genau das ist im Hinblick auf die Integration nicht nur das wichtigste Ziel der Europäischen Union, sondern daran zeigt sich auch der Reichtum dieser Einrichtung, die es schafft (oder zumindest bisher geschafft hat), sich aller Probleme anzunehmen und Lösungen auf den Weg zu bringen – wofür außerhalb Europas große Solidarität und Wertschätzung gezeigt wurde.

Mit dem Ziel, den Erweiterungsprozess bis zum Jahr 2004 abzuschließen, haben sich der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten und der Ausschuss für Entwicklung und Zusammenarbeit des Europäischen Parlaments in der fünften Wahlperiode mit den Problemen der „Erweiterungsländer“ auseinandergesetzt.

Dem Fortschritt standen damals jedoch erhebliche Schwierigkeiten im Wege, auf die die Beamten der Europäischen Kommission stets hinwiesen, obwohl auch Romano Prodi den Prozess zum Abschluss bringen wollte.

Dabei möchte ich daran erinnern, welche Schwierigkeiten es im Zusammenhang mit den Kernkraftwerken in allen Ländern des ehemaligen Ostblocks, der Landwirtschaft in Polen, den politischen Fragen hinsichtlich der Enklave Kaliningrad, der Teilung Zyperns, den Bürgerrechten von Straßenkindern, Roma und Sinti in Rumänien und vielen anderen Themen gab.

Ich möchte glauben, dass es eine Kombination aus politischem Kalkül, der Großzügigkeit der EU-Mitgliedstaaten und dem Stolz über eine nie dagewesene „Einigung des Kontinents“ (die nicht einmal die Römer zustande gebracht hatten) war, die uns alle – vor allem Angehörige der Europäischen Volkspartei und der sozialdemokratischen Partei – anspornte, die Erweiterungen von 2004 auf 25 Mitgliedstaaten, von 2007 auf 27 Mitgliedstaaten (Beitritt Bulgariens und Rumäniens) und von 2013 auf 28 Mitgliedstaaten (Beitritt Kroatiens) zum Abschluss zu bringen.

Wahrscheinlich haben die Angst vor dem Terrorismus, die schwerwiegende, anhaltende Wirtschaftskrise, die Bürokratisierung der EU-Organen und die Habgier der Finanzinstitutionen, die versuchen, demokratische Staaten unter ihre Kontrolle zu bringen, indem sie demokratische Einrichtungen aushöhlen und fordern, dass die Regierenden als Manager agieren, dazu geführt, dass das Zugehörigkeitsgefühl zu Europa geschwächt wurde und dass es zu kurzsichtigen „Lokalismen“ kommt, die in der globalisierten Welt einem Selbstmord gleichkommen.

Der Terrorismus, die Wirtschaftskrise und „Lokalismen“ können mit europäischen Instrumenten wirksamer bekämpft werden als mit zurückhaltenden einzelstaatlichen Anstrengungen, und eine europäische Außenpolitik müsste schnellstens verwirklicht werden, wenn auf die tiefgehenden Spannungen im Nahen Osten und in anderen Teilen der Welt tatsächlich Einfluss genommen werden soll. Außerdem würde es zur Verbesserung der schwierigen Wirtschaftslage (durch die, so Mario Draghi, aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit die Gefahr besteht, dass eine „verlorene Generation“ heranwächst) beitragen, wenn das innereuropäische Wirtschaftssystem statt auf Wettbewerb auf Koordination und Integration basiert.

Dem Bericht der fünf Präsidenten muss dringend nachgekommen werden; dies könnte den Auftakt bilden, das Zugehörigkeitsgefühl der europäischen Bürger wieder aufleben zu lassen und gemeinsame Institutionen für sie aufzubauen, die nicht bloß auf zwischenstaatliche Verfahren zurückgreifen, durch die die Entwicklung der Institutionen, die Integration sowie das wirtschaftliche und gesellschaftliche Wachstum der Union blockiert wurden.

Vitaliano Gemelli

Frauen lassen die Rechten links liegen

Beim „Davos der Frauen“, dem Global Summit of Women in Warschau, trafen sich rund 1000 „Karrierefrauen“ aus 74 Ländern von Politik, Wirtschaft und sonstigen Führungsetagen, in diesem Jahr auf genderpolitisch eher rückwärts gerichtetem Terrain. Die nationalistisch orientierte polnische Ministerpräsidentin Beata Szydlo liess sich auf der Eröffnungsveranstaltung nicht blicken, aus welchen Gründen auch immer, was den Verdacht nährte, die Begegnung mit diesen Frauen habe ihr nicht gerade am Herzen gelegen. Denn die amtierende polnische Regierung vertritt ein anderes Frauenbild als jenes, das die Gründerin Irene Natividad für diesen 26. Summit ausgehandelt hatte, nämlich eines von „Kinder, Küche, Kirche“, wie die Präsidentin des polnischen Arbeitsgeberverbandes Henryka Bochniarz wissen liess.

Frauen sollen sich im trauten Heim um Kinder und Küche kümmern, für die Kirche soll das ohnehin schärfste Abtreibungsrecht Europas noch massiv verschlechtert werden.

Die Besucherinnen zeigten sich denn auch besorgt, dass Frauen künftig wieder härter für Gleichstellung kämpfen müssten, weil sich mit Hilfe der männlichen Wähler rechte Parteien oder Repräsentanten bis hin zu US-Präsidentschaftskandidat Trump immer breiter machen und Vielfalt verachten, auch wenn Frauen an ihrer Spitze stehen, siehe Marie Le Pen vom Front National in Frankreich oder Frauke Petry von der „Alternative für Deutschland“ (AfD) und, wie Petry, keineswegs so leben, wie es ihre Parteiprogramme vorgeben. Es ist nicht übertrieben zu sagen, dass Frauen die beste Verteidigung gegen Rechtspopulisten sind. Der Economist belegt mit einer aktuellen Übersicht, dass Frauen gegen diese Politikrichtung weitgehend immun sind, wie z.B. Zahlen aus Österreich zeigen.

Bei den Präsidentschaftswahlen, deren Endergebnis allerdings bei Redaktionsschluss noch nicht vorhersehbar war, gaben über 60 Prozent der Männer ihre Stimme dem rechtspopulistischen FPÖ-Kandidaten, für den von den Grünen benannten Bewerber votierten hingegen über 60 Prozent der Frauen. Das ist ein Trend, der auch in Deutschland bei den AfD-Wahlergebnissen oder in Frankreich beim FN, hier etwas abgeschwächt, festzustellen ist. Das Beispiel Polen illustriert die Folgen rechten Regierungshandelns: Ein üppiges Betreuungsgeld für Familien, in denen die Mutter zu Hause bleibt, hat prompt dazu geführt, dass etwa im polnischen Werk eines amerikanischen Backwarenkonzerns jede zweite Frau gekündigt hat. Nicht nur in Polen kommen solche Massnahmen dem konservativen Frauenbild vieler Migrantinnen entgegen, was sich auch bei der vorübergehenden Einführung von Betreuungsgeld in Deutschland gezeigt hat. Das stellt Länder, die eine grosse Zahl von Flüchtlingen aufgenommen haben, noch vor grosse Herausforderungen.

Die Beschäftigung von Frauen ist unverzichtbar für das weltweite Wirtschaftswachstum. Das ist inzwischen bei so ziemlich allen internationalen Organisationen angekommen. Man braucht Frauen zunehmend auch in Spitzenpositionen, und es hat sich herumgesprochen, dass geschlechtsgemischte Teams und Belegschaften bessere Ergebnisse erzielen als homogene. Man ist sich bewusst, dass Frauen nicht „einfach so“ zum beruflichen Aufstieg kommen, sondern entsprechende Unterstützung brauchen. In Europa werden lediglich drei Grosskonzerne von Frauen geführt.

In 23 Ländern gibt es Frauenquoten für Aufsichtsräte, aber die Vorstandsetagen sind noch fast ausschliesslich von Männern besetzt.

Auch Männer haben Kinder und leben in Familien, aber nur eine Minderheit muss sich mit den Problemen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie herumschlagen. Viele Frauen unterbrechen die Berufstätigkeit daher der Kinder zuliebe. Damit dies nicht zur Sackgasse wird, hat die deutsche Bundesregierung ein Programm zum Wiedereinstieg in den Beruf aufgelegt. In Warschau wurde es als bestes Praxis-Beispiel ausgezeichnet. Nachahmung erwünscht!

Karin Junker

Der Blickwinkel eines jungen Kanadiers auf Europa

Es ist gerade eine spannende Zeit in Europa, in der die EU in ein Weltgeschehen eingebunden, das einige seiner Mitgliedstaaten und andere Länder derzeit in Atem hält. Ich kam diesen Sommer als einer von 40 Studenten aus Kanada nach Europa, die an einem **Studienreisen- und Praktikumsprogramm der Europäischen Union*** teilnehmen durften. Dabei bereisten wir mehrere Länder und hörten Vorträge von Wissenschaftlern, Diplomaten, Direktoren und Botschaftern über die multilaterale Organisation EU. **Im Rahmen des Programms landete ich schließlich als Praktikant bei der nichtstaatlichen Organisation Payoke und arbeitete für deren Direktorin und ehemalige MdEP Patsy Sörensen.** Das Programm wird zum Teil durch eine **Beihilfe des zur Europäischen Kommission gehörenden Exzellenzzentrums der Europäischen Union** finanziert und gibt kanadischen Studenten die Gelegenheit, bei einflussreichen und engagierten Führungspersonlichkeiten in der EU zu arbeiten und zu studieren. Dadurch konnte ich einen Einblick als **junger Kanadier** bekommen und mir eine eigene Meinung bilden, wobei ich in dieser aufregenden Zeit des Wandels in Europa viele Erfahrungen machen konnte.

Als ich in Europa ankam, war ich voller Elan, gierig auf neue Eindrücke, unvoreingenommen und freute mich darauf, in meiner Tätigkeit für Payoke neue Erfahrungen zu sammeln. Da ich das Privileg hatte, für eine Führungspersonlichkeit wie Patsy Sörensen zu arbeiten, die sich unentwegt **für die Menschenrechte einsetzt**, konnte ich in diesem Umfeld unheimlich viel lernen und war froh, Teil des Ganzen sein zu können. Kein Mensch sollte in einer Welt leben müssen, in der er ausgebeutet wird und ihm seine grundlegenden Menschenrechte vorenthalten werden, und durch die Tätigkeit für Payoke **erkannte ich die Notwendigkeit der Mitgliedstaaten, zusammenzuarbeiten**, wenn es gilt, in der ganzen Welt für die Menschenrechte einzutreten.

Vor meinem Praktikum wusste ich nicht sehr viel über den Menschenhandel und die EU. Die Chance, die sich mir durch die Teilnahme an diesem erkenntnisreichen Bildungsprogramm für junge Menschen im Bereich der **aktuellen EU-Politik** bot, ist sehr inspirierend. Als Jugendlerner aus Kanada bin ich normalerweise räumlich sehr weit weg von dem Geschehen innerhalb der EU, was aber nicht bedeutet, dass ich davon nicht betroffen wäre. Zum einen hat Kanada Tausende von Flüchtlingen aus Syrien aufgenommen, die wegen des Kriegs in ihrem Land anderswo Zuflucht suchen. Zum anderen pflegt Kanada seit vierzig Jahren enge vertragliche Beziehungen mit der EU und ist mit dem Vereinigten Königreich durch die Monarchie verbunden, was nach dem Brexit unmittelbare und sofortige Folgen hatte. **Kanadier sind durch die Ereignisse in der EU in großem Maße betroffen**, und ich hatte das große Glück, mich ausgiebig darüber informieren sowie an Konferenzen und Debatten teilnehmen zu können, damit ich mögliche weitere Konsequenzen und die Vorbeugemaßnahmen im Rahmen der EU-Politik einordnen kann.

Durch das Studienreisen- und Praktikumsprogramm konnte ich in das Geschehen eintauchen und **meinen Blick auf Europa** und die aktuellen Themen, die die EU derzeit beschäftigen, ändern. Mein Blick als junger Kanadier auf Europa hat sich in der Tat drastisch verändert,

wobei **in mir eine Leidenschaft entfacht** wurde, da ich in einem sehr anregenden Umfeld mein Wissen erweitern konnte.

* Weitere Informationen über das Studienreisen- und Praktikumsprogramm der Europäischen Union für kanadische Studenten finden sie unter: www.capilanou.ca/europa

Mackenzie A. Carr

Schengen“ nach den Krisen: Vom Widerstand zur Resilienz?

Der Schengen-Raum durchlebt eine politische Krise, die zunächst bei der Flüchtlingskrise und dann bei den Terroranschlägen deutlich wurde. Diese Solidaritäts- und Vertrauenskrise wird zu einem Rennen gegen die Zeit zwischen der Wiedereinführung der punktuellen Kontrollen an den Staatsgrenzen und der Europäisierung der Kontrollen an den Außengrenzen, was letztendlich eine Stärkung des Schengen-Raums ermöglichen sollte. Der Ausgang dieser Krise der Miteigentümer wird allerdings größtenteils von der Fähigkeit der nationalen und europäischen Behörden abhängen, ihre politischen Botschaften besser an den „Geist von Schengen“ und die bemerkenswerte Flexibilität des Schengener Grenzkodex anzupassen.

1. Schengen und die Flüchtlingskrise: sinkendes Misstrauen?

Während der Flüchtlingskrise zeigte sich die mangelnde Solidarität zwischen den Ländern der EU insbesondere durch die Schwierigkeiten bei der gerechteren Aufteilung des Stroms von Asylbewerbern. Um diese Situation zu entschärfen, rief die Kommission nur mit Mühe einen Umsiedlungsmechanismus ins Leben, mit dem überforderte Länder wie zum Beispiel Griechenland und Italien entlastet werden sollten. Von dort sollen innerhalb von zwei Jahren 160 000 Asylbewerber umverteilt werden, was jedoch mehr als schleppend umgesetzt wird (etwas mehr als 6 000 registrierte Umverteilungen Anfang November 2016).

Auch das mangelnde Vertrauen zwischen den Staaten ist eine Ursache für die größten Spannungen im Schengen-Raum. Die anderen Länder vermuten, dass Griechenland und Italien weder die Kapazitäten noch den Willen haben, eine effektive Kontrolle an den Außengrenzen zu gewährleisten. Daher betrachten die anderen sie gleichzeitig als „Schuldige“ und als „Opfer“, denen geholfen werden muss. Dieses Misstrauen gegenüber Ländern, die in Bezug auf die Fähigkeit ihrer Verwaltung keinen guten Ruf genießen und Transitländer für die Migranten darstellen, ist unvermeidlich, zumal sie kein wirkliches Interesse daran haben, die Migranten zu registrieren und sie auf ihrem Hoheitsgebiet festzuhalten. Dieses Misstrauen war während des gesamten Jahres 2015 zu spüren und hat sogar zur Wiedereinführung der Kontrollen an den Landesgrenzen von neun der 26 Länder des Schengen-Raums geführt. Diese Wiedereinführung ist im Schengener Grenzkodex vorgesehen, wird aber oft im Rahmen einer nicht kooperativen Aktion zwischen den betroffenen Staaten aktiviert.

In diesem Kontext bot die Einrichtung von Aufnahme- und Registrierzentren für Asylbewerber (oder „Hotspots“) in Griechenland und Italien den Vorteil, dass durch sie gleichzeitig die mangelnde Solidarität und das mangelnde Vertrauen zwischen den Mitgliedstaaten des Schengen-Raumes ausgeglichen werden. Unter dem Deckmantel von finanziellen und humanitären Hilfeleistungen für die überforderten Länder wurden eilig nationale und europäische Sachverständige entsandt, die sich vergewissern sollten, dass die Außengrenzen und die Registrierung der Asylbewerber effektiv vonstattengehen. Genau aus diesem Grund haben die Staaten, die von diesem Projekt profitieren können, Vorbehalte, insbesondere wenn parallel keine effektive Umsiedlung der Asylbewerber stattfindet.

Durch die schnelle Umsetzung des Projekts der „Europäischen Grenz- und Küstenwache“ wird diese Entwicklung hin zum Abbau des Vertrauensdefizits zwischen den Mitgliedstaaten

fortgeführt und sie stellt eine willkommene „föderale Auslassung“ dar, die durch das Ausmaß der Flüchtlingskrise möglich wurde. Die kürzliche Entsendung von Grenzschutzbeamten an die bulgarische Grenze ist zumindest ein Anzeichen, das darauf schließen lässt, dass das Rennen gegen die Zeit zwischen punktueller Wiedereinführung der Kontrollen an den Landesgrenzen und der Kontrolle der Außengrenzen des Schengen-Raums zweifelsohne bald gewonnen sein wird¹, zum Vorteil des europäischen Konstruktes und der Europäer.

2. Schengen und der Terrorismus: eine instinktive Solidarität, eine Kooperation, die Europa zusammenschweißt?

Die Bedrohung und die Terroranschläge fördern eine sehr viel instinktivere Solidarität zwischen den europäischen Staaten zu Tage, von denen mehrere in den letzten Jahren tragische Ereignisse durchlebt haben, unabhängig davon, ob sie Mitglieder des Schengen-Raums sind.

Durch die Attentate in Paris am 13. November 2015 wurden so die definitive Annahme der Fluggastdatensätze und die Einführung von mehreren Sicherheitsmaßnahmen auf europäischer Ebene vereinfacht: die Verschärfung der Vorschriften zum Waffenhandel, die Verstärkung der Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung, die Änderung des Schengener Grenzkodex, damit systematische Kontrollen an Europäern, die in das gemeinsame Hoheitsgebiet zurückkehren, durchgeführt werden können, die erstmalige Anwendung der Solidaritätsklausel gemäß Artikel 42 Absatz 7 des EUV, durch die Länder wie Deutschland sich an der Militärintervention in Syrien beteiligen können ...

Auch wenn der Zeitraum 2015–2016 einen Wendepunkt der europäischen Mobilisierung gegen den Terrorismus darstellt, kann diese nicht vollständig effektiv sein, wenn die Staaten sich nicht ausreichend vertrauen, was noch nicht im Entferntesten erreicht ist. Die Ankündigung der Wiedereinführung von systematischen Kontrollen an der französisch-belgischen Grenze Ende 2015 ging daher einher mit der gegenseitigen Infragestellung der Polizei und der Justiz in den beiden Ländern: ihre Kooperation ist trotzdem entscheidend für die Wirksamkeit der Bekämpfung von Terrornetzwerken, wie glücklicherweise durch die anschließende Inhaftierung von Salah Abdeslam und seine schnelle Übergabe an die französischen Behörden im Rahmen eines europäischen Haftbefehls deutlich geworden ist.

Die Terroristen werden nicht an den Grenzen festgenommen, sondern dort, wo sie sich verstecken, also durch eine entschlossene und abgestimmte Aktion der Polizei, der Justiz und der Nachrichtendienste der Mitgliedstaaten der EU. Wie kann also der reibungslose und erfolgreiche Austausch von Informationen auf europäischer Ebene erreicht werden, der bereits zwischen nationalen Diensten schwierig ist, wenn dies zwischen Mitgliedstaaten organisiert werden muss, die sich manchmal immer noch gegenseitig überwachen, wie es die Ausspionierung des französischen Außenministers durch die deutschen Geheimdienste gezeigt hat? Die gleichermaßen politische und sicherheitsbezogene Herausforderung für die Europäer besteht darin, die Konvergenz zwischen dem Gedanken der Gegenspionage und dem Gedanken des Kampfs gegen den Terrorismus auf Grundlage der Feststellung zu erhöhen, dass es sich um einen Kampf gegen Kriminelle handelt und daher ein stärkerer Informationsaustausch

¹ Anfang November 2016 hatten nur sechs Staaten aus dem Schengen-Raum Schutzklauseln aktiviert, Frankreich, Deutschland, Österreich, Dänemark, Schweden und Norwegen.

möglich und wünschenswert ist. In Bezug auf die Gegenspionage als Relikt des Kalten Krieges muss ein Paradigmenwechsel erfolgen, um beim Informationsaustausch die Ära des Handwerks hinter sich zu lassen und die Ära des Industriezeitalters zu beginnen. Die Zukunft des Schengen-Raums wird zu einem großen Teil von den tatsächlichen Fortschritten dieses Informationsaustausches abhängen, der im Falle von neuen Terrorattentaten sicherlich wieder Spannungen und Vorwürfe aushalten muss.

3 – Schengen und die politische Mystik: ein Raum in der Klemme

Im Gegensatz zu den Prophezeiungen, in denen der „Tod des Schengen-Raums“ vorhergesagt wurde, kann heute festgestellt werden, dass die Regeln des Schengener Grenzkodex bei der Flüchtlingskrise und im Anschluss bei der terroristischen Bedrohung eingehalten wurden und dass keiner der Mitgliedstaaten des Schengen-Raums ihn verlassen wollte oder ausgeschlossen wurde. Allerdings ist dieser „Widerstand“ des Schengen-Raums nur dann dauerhaft, wenn die Fürsprecher ihn erfolgreich gegen das Kreuzfeuer nationaler Vertreter, die die Schutzfunktion der Staatsgrenzen überschätzten, und von „europhilen“ Vertretungen, die die Sicherheitsdimension des Gründungsübereinkommens kleinreden, verteidigen können.

Es ist zunächst einmal auffällig, dass die nationalen Behörden in ihren politischen Botschaften oft die Schutzdimension der Staatsgrenzen betonen, bis hin zur Ankündigung, dass „die Grenzen geschlossen werden“, was materiell zwischen Mitgliedstaaten unmöglich ist, sofern keine Mauern aufgebaut werden wie während des Kalten Krieges ... Diese politische Botschaft ist gleichzeitig auf emotionaler und mythologischer Ebene angesiedelt und knüpft an die vermeintliche Schutzfunktion der „guten alten Grenzen“ an. Angesichts des Terrorismus ist das Ziel dieser Botschaften, den Bevölkerungen das Gefühl von Sicherheit zu vermitteln, obwohl die meisten Terroristen in dem Land geboren wurden, in dem sie zuschlugen, auf die Gefahr hin, die Gleichung Terrorismus = Ausländer = Rückkehr zu den Grenzen zu bekräftigen. Mit Blick auf die Migration ist das Ziel dieser Botschaft, den Migranten und ihren Schleppern ein Zeichen zu geben, um sie aus dem betroffenen Land fernzuhalten, auch wenn die faktischen Kontrollen an den Staatsgrenzen nicht wieder eingeführt werden. In beiden Fällen wird dem Schengen-Raum mit diesen nationalen Botschaften teilweise die Legitimität abgesprochen. Solange „Schengen“ als ein „Raum“ erscheint, mit dem die Kontrollen abgeschafft werden und nicht als ein „Kodex“, durch den sie neu organisiert und effektiver gestaltet werden, wird er mehr als eine „Büchse der Pandora“ erscheinen, denn als eine Werkzeugkiste², und daher nicht als eines der Instrumente angesehen, mit denen der Schutz der Europäer verstärkt wird³.

Angesichts dieser nationalen Reflexe wird „Schengen“ schlecht verteidigt, da viele eifrige Anhänger gegenteilig in einem „mystischen Kreislauf“ kommunizieren, in dem die Sicherheitsdimensionen entwertet werden. Schengen wird vor allem mit zusätzlicher Freiheit in Verbindung mit der Aufgabe der festen, systematischen Kontrollen an den Staatsgrenzen gleichgesetzt, deren punktuelle Wiedereinführung oft fälschlicherweise als eine „Aussetzung“

² Zu den vorgesehenen Werkzeugen gehören: das „Schengener Informationssystem“, mobile Zollkontrollen, Kontrollen in der Grenzzone, das Recht auf Beobachtung und auf Nacheile usw.

³ Siehe zum Beispiel „Lang lebe Schengen!“ Jacques Delors, Antonio, Yves Bertoncini und die Teilnehmer des CEO 2015 des Institut Jacques Delors, November 2015.

des Gründungsübereinkommens dargestellt wird: Es wäre daher nützlich zu betonen, dass die Aktivierung der Schutzklauseln auf eine „Anwendung des Schengener Grenzkodex“ hinausläuft! Im Falle einer punktuellen Bedrohung der öffentlichen Ordnung können die Staaten die EU in der Tat über ihr Vorhaben informieren, die systematischen Kontrollen an ihren Grenzen (im Notfall) für zwei Monate wieder einzuführen, und danach (geplant) um sechs Monate zu verlängern; im Falle einer ständigen Bedrohung der öffentlichen Ordnung können die Staaten zusätzlich die Kontrollen an ihren Staatsgrenzen für zwei Jahre wieder einführen auf Grundlage eines gemeinsamen Verfahrens, für das die Zustimmung der Kommission und des Ministerrates erforderlich ist. Solche Schutzklauseln sind wesentlicher Bestandteil des Schengener Grenzkodex und müssen als solche anerkannt werden: In den Schlussfolgerungen des Gipfels von Bratislava wird eine notwendige „Rückkehr nach Schengen“ gefordert und so ein politischer Fehler wiederholt, indem Schengen zunächst als Synonym für Freiheit angesehen wird, und seine Resilienz in den Augen der öffentlichen Meinung unterwandert.

Abgesehen von den intrinsischen Fehlern haben die nationalen und europhilen Darstellungen des Schengen-Raums gemeinsam, dass mit ihnen die wirtschaftliche Verflechtung, die zu seiner Schaffung führte, heruntergespielt wird. Obwohl der Schengen-Raum eingerichtet wurde, um den Kraftfahrern, den Grenzgängern und ihren Unternehmen, die seine Abschaffung hart treffen würde, das Leben zu erleichtern, wird der „Schengen-Raum“ oft als für die Elite vorteilhaft wahrgenommen (Geschäftsleute, Erasmus-Generation usw.), was ihn umso mehr von den „Massen“ entfernt, die durch ihn geschützt werden soll. Es geht hier also auch darum, die politischen Botschaften zum Schengen-Raum zweifach anzupassen: Einerseits muss daran erinnert werden, dass der Schengen-Raum aufgrund von wirtschaftlichen und pragmatischen Erwägungen geschaffen wurde und nicht aufgrund irgendeiner europhilen oder internationalistischen Ideologie; andererseits muss stärker betont werden, dass das Auseinanderbrechen des Schengen-Raums zu erheblichen wirtschaftlichen, finanziellen und menschlichen Kosten führen würde⁴, die von Millionen von Europäern getragen werden müssten. Die nationalen Behörden sind besonders gut gestellt, um diese zweifache Nachricht zu überbringen, da sie meistens sehr schnell von der Wiedereinführung der systematischen Kontrollen an den Innengrenzen absehen, die durch den Schengener Grenzkodex autorisiert sind, aufgrund der sehr negativen wirtschaftlichen und politischen Folgen, die eine Verlängerung hätte, ohne einen sichtbaren Sicherheitsgewinn zu erbringen.

Der Wettlauf gegen die Zeit zwischen Kontrollen an den europäischen und nationalen Grenzen wäre eine Täuschung, wenn verheimlicht würde, dass es für die Europäer am wichtigsten ist, jenseits der Grenzen zu agieren, um an den Ursprüngen der Konflikte zu arbeiten, die für einen

⁴ Les conséquences de la fin de Schengen, Yves Pascouau, Euradionantes/Institut Jacques Delors, Juli 2015: <https://soundcloud.com/euradionantes/autour-de-schengen-politique-fiction>. The economic costs of non-Schengen: what the numbers tells us, Anna auf dem Brinke, Policy paper Nr. 162, April 2016, Jacques Delors Institut – Berlin.

massiven Zustrom von Flüchtlingen und für Terrorherde sorgen. Dies setzt auch hier einen stärkeren Kooperations- und Solidaritätsgeist zwischen den Ländern der EU voraus, die die ersten Opfer ihrer mangelnden Wirksamkeit an der diplomatischen und militärischen Front bleiben werden, unabhängig vom Schicksal des „Schengen-Raums“.

Yves Bertoncini

Schengen – eigentlich ein kleines Dorf an der luxemburgischen Mosel, aber inzwischen in der ganzen Welt bekannt als die Wiege des grenzenlosen Europas.

Als sich am 14. Juni 1985 die fünf Staatssekretäre von Belgien, der Niederlande, Luxemburg, Deutschland und Frankreich hier trafen und das sogenannte « Schengener Abkommen » auf einem Ausflugsboot unterschrieben wurde, rechnete niemand wirklich damit, dass es einen solchen Einfluss auf unser aller Leben haben würde.

Mit dieser Unterzeichnung und ihrer Umsetzung zehn Jahre später, eröffneten sich jedoch für viele Europäer ganz neue, unvorhersehbare Möglichkeiten. Wer heute « Schengen » sagt, der meint vor allem anderen die Reisefreiheit, deren Umsetzung eine der vier Grundfreiheiten in der Europäischen Union darstellt. Musste man früher möglicherweise stundenlang am Schlagbaum ausharren, so konnten ab sofort ohne Probleme und ohne langes Warten die Grenzen passiert werden.

Diese Freiheit, durch viele europäische Länder ohne systematische Passkontrolle reisen zu können, hat sich als Meilenstein auf dem Weg zu einem gemeinsamen Europa für die Bürger erwiesen. Dadurch erst rückte Europa auch ganz praktisch zusammen. Für mehr als 400 Millionen Einwohner in 26 Ländern, darunter auch vier Nicht-EU-Staaten, ist es heute eine Selbstverständlichkeit, sich innerhalb des sogenannten Schengen-Raums frei bewegen zu können.

Es ist eine der grössten Errungenschaften in der Geschichte der Europäischen Union, die inzwischen ein Teil unseres Alltags geworden ist und um die uns viele beneiden. Selbst Angehörige von Dritt-Staaten profitieren durch das Schengen-Visum von dieser Reisefreiheit innerhalb des Schengen-Raums. Und nicht zuletzt die wirtschaftlichen Vorteile, die wir durch den problemlose Waren- und Güterverkehr erfahren, sind ein weiterer Baustein in dieser Erfolgsgeschichte.

Im Dörfchen Schengen selbst dürfen wir Tag für Tag erfahren, welche Bedeutung dieses Abkommen für viele Menschen hat und wie es auch ausserhalb von Europa wahrgenommen wird. Jedes Jahr kommen mehr als 40 000 Besucher um sich an diesem symbolträchtigen Ort zu informieren.

Hier im Dreiländereck Deutschland – Frankreich- Luxemburg kann man hautnah erleben, welch positiven Einfluss das Abkommen auf die Region hat. Viele Pendler überqueren die Grenze hier tagtäglich, um ihrer Arbeit nachzugehen. Wir sehen aber auch, wie normal es inzwischen für viele jungen Europäer geworden ist, sich überall frei und ungehindert zu bewegen. Die gewonnene Mobilität erweitert den Horizont und kommt uns dadurch allen zugute.

Es ist ausserdem einer der Garantien dafür, dass wir seit Jahrzehnten und hoffentlich auch weiterhin in Frieden leben dürfen. Wir müssen uns dieses Erfolgs bewusst bleiben und alles dafür tun, dass es auch in Zukunft so bleibt. Was wir bisher erreicht haben, darf nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden. Unsere Stärke ist das Miteinander und die Gemeinschaft, auch und vor allem in schwierigen Zeiten.

Auch die vielen Krisenherde überall auf der Welt zeigen uns deutlich, welches Glück wir haben, in Europa zu leben. Wenn der Ruf laut wird, die Schengen-Grenzen zu schliessen, dann wird das nicht die Probleme lösen, sondern eher verschlimmern. Unser Trumpf ist der

Zusammenhalt. Der Gedanke der Solidarität muss uns auch in kritischen Phasen leiten und darf nicht nationalen Interessen untergeordnet werden. Der « Geist von Schengen », diese Idee der offenen Grenzen mit einer gemeinsamen Aussengrenze muss bewahrt werden, damit wir auch in Zukunft friedvoll zusammenleben können. Es geht auch nicht nur darum, über die geographischen oder politischen Grenzen hinweg zu kommen, das Wichtigste ist, die Grenzen in unseren Köpfen, in unserem Geist zu überwinden. Schon allein deshalb muss Schengen leben !

Martina Kneip

SERBIEN HEUTE GESCHICHTE ALS GRABELKISTE

Wenn sich etwas wie ein roter Faden durch die Geschichte Serbiens und somit durch das Selbstverständnis der Serben zieht, dann dies: Serbien ist das eigentliche Herz des Balkans. Es hat die glorreichste Vergangenheit, leistet am häufigsten Widerstand gegen die Türken, wurde am grausamsten bestraft, 1879 jedoch als erstes Land unabhängig. Ansprüche auf das Recht, eine führende Rolle im Königreich Jugoslawien zu spielen, das nach dem Ersten Weltkrieg entstand, schienen völlig sicher zu sein. Die Dominanz der Serben löste Wut und Widerstand aus, vor allem bei Kroaten und Slowenen, worauf König Alexander reagierte, indem er eine königliche Diktatur ausrief. 1934 wurde er im Auftrag der kroatischen Faschisten ermordet. Als Prinzregent Paul eine Vereinbarung zwischen Kroaten und Serben auf den Weg brachte, um ein demokratisches Land zu schaffen, brach der Zweite Weltkrieg aus und die Ambitionen wurden zerschlagen. 1945 richtete die nationalkommunistische Diktatur unter Tito ihr Haupt wieder empor, der als einziger Staatsmann verstand, dass ein Vielvölkerstaat nur dann überleben kann, wenn ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den Wünschen und Interessen aller Bürger herrscht. Bis zu seinem Tod 1980 experimentierte, manipulierte, bestrafte und belohnte er – in dem stetigen Bemühen, dieses Gleichgewicht zu wahren, ohne jedoch die naturgegebene Führungsrolle Serbiens anzuerkennen.

Erst sieben Jahre später entlud sich das Gefühl des Gekränktheits, als der neue serbische Parteivorsitzende Milošević sich dies zunutze machte. Auf der Welle des serbischen Nationalismus stürzte er andersdenkende Parteivorsitzende in der Vojvodina, in Montenegro und in Kosovo, verschaffte sich die Mehrheit im Staatspräsidium und übernahm schließlich die Führung des Staates. Er hatte sich durchgesetzt, nicht die Kroaten und Slowenen, die sich lösten, unmittelbar gefolgt von den Bosniern, Mazedoniern, Montenegrinern und Kosovaren. Die alte Föderation wurde im Zuge der radikalisierten Kriegsgewalt der 1990er Jahre endgültig zerschlagen. So endete das 20. Jahrhundert wie es angefangen hatte: mit Krieg auf dem und um den Balkan.

„Balkanisierung“ ist zu einem Begriff geworden, der für jahrhundertalte Konflikte um historische Rechte, ethnische Säuberungen, Blutrache, Zersplitterung, religiöse Unversöhnlichkeit steht. Auf dem Balkan gab es weder Renaissance noch Aufklärung. Humanismus, Toleranz, Vernunft, Individualisierung und gegenseitiger Respekt haben nie Fuß gefasst in diesem Teil Europas, in dem Traumata offensichtlich nie aussterben.

Was haben die Balkanstaaten gemeinsam? In den vergangenen anderthalb Jahrhunderten haben sie kein einziges Mal über ihr eigenes Schicksal bestimmt. Das taten Großmächte aus Berlin, London, St. Petersburg, Paris, Wien und Istanbul. Ebenso kann man es als gemeinsames Erbe bezeichnen, was andernorts erfolgreich war, aber in all den neuen Ländern fehlschlug: das Experiment der Demokratie. Erst 1989 und 1991 erfolgte die erste Bekanntschaft mit dem Begriff der Demokratie.

Die Geschichte der südslawischen Völker war eine Grabelkiste, aus der unbegrenzt strahlender Glanz hervorgeholt werden konnte, sowie Heldenmut zur Verketzerung des verräterischen

Nachbarn. Dies führte zu einem pathetischen Nationalismus, der isolierend wirkte und Feindbilder aufrechterhielt. Das Blatt hat sich mittlerweile gewendet. Erneut ist es jedoch eine „Großmacht“, die Europäische Union, die offensichtlich über das Schicksal dieser unruhigen Region entscheidet, in der Kelten, Griechen, Römer, Hunnen, Türken, Osmanen, Habsburger und Nazis ihr Unwesen trieben. Eine gemeinsame Zukunft unabhängiger Balkanrepubliken in der EU dürfte dem Begriff „Balkanisierung“ eine positivere Konnotation verleihen als oben erwähnt. In einem allgemein anerkannten einsprachigen niederländischen Wörterbuch wird dieser Begriff immer noch wie folgt umschrieben: „ein Land, in dem Unsicherheit, Chaos und Terror herrschen“.

Jan – Willem Bertens, Delegationsleiter
Niederlande
ELDR (1989–1999)

EINTRITT und AUSTRITT

Reflektionen über zwei Länder

Es war eine eigenartige Erfahrung, an der Studienreise der ehemaligen Parlamentsmitglieder nach Serbien teilzunehmen. Die Reise von einem Vereinigten Königreich, das sich nun darauf vorbereitet, die EU im Jahr 2019 zu verlassen, nach Serbien, dessen Regierung in die Beitrittsverhandlungen vertieft ist, hätte ich mir so niemals vorstellen können.

Unsere Treffen mit der Regierung verliefen erfreulich. Das BIP in Serbien nimmt weiter zu, wenn auch die Arbeitslosigkeit nach wie vor hoch ist. Die Differenzen zwischen den ethnischen und religiösen Minderheiten wurden im Wege von Vertretungskörperschaften auf nationaler Ebene mit Einfallsreichtum beigelegt. Als großer Stolperstein erweisen sich die Beziehungen zum Kosovo, das noch nicht von allen EU-Mitgliedstaaten als unabhängiges Land anerkannt wird. Auch die Beziehungen zu Russland lösen Spannungen aus.

Das hoffnungsvollste Zeichen ist, dass im Zuge der derzeitigen EU-Unterstützung für Serbien mit der Zeit das Wirtschaftswachstum Impulse erhalten und die Arbeitslosigkeit sinken wird und die Spannungen gelockert werden.

Es war ermutigend, das landwirtschaftliche Potenzial zur Kenntnis zu nehmen; das Wirtschaftswachstum würde aber auch durch vermehrte Investitionen in Forschung und Entwicklung, die unterhalb des EU-Durchschnitts liegen, und durch den Bau der geplanten Gasleitung nach Bulgarien, die zu einer günstigeren Energieversorgung führen würde, gestärkt.

Bei den Treffen mit nichtstaatlichen Organisationen wird in der Regel verstärkt Kritik an der Regierung geäußert, obgleich sich Unternehmensgruppen begeistert zeigten und entschlossen sind, die Möglichkeiten, die ihnen eine EU-Mitgliedschaft ihrer Überzeugung nach bringen würde, aktiv zu nutzen. Einige hinterfragten die Befugnisse des Premierministers, und es wurde Unzufriedenheit über das geringe Maß an Unabhängigkeit der Justiz bekundet.

Zurück in meinem Land erfuhr ich, dass der kleine Küstenhafen von Amble, 20 km nördlich meines Wohnsitzes, 55 Mio. GBP für den Wohnungsbau erhalten soll. Als ich erstmalig in das EP gewählt wurde, litt die Stadt unter dem Verlust ihres Kohlehandels und der meisten Fischereitätigkeiten. Die Kohlengruben wurden geschlossen. Ich unterstützte den Gemeinderat bei seinem Antrag auf Regionalfonds für den Bau eines Jachthafens. Er hat sich als Katalysator für die Sanierung der Gemeinde vor Ort erwiesen. Der Weg verläuft nicht immer problemlos, aber Zeit, Mühe und Geduld können Wunder bewirken. Diese Erfahrung müssen sich die EU-Mitgliedstaaten in den stürmischen politischen Zeiten, die uns bevorstehen, stets vor Augen halten.

Gordon Adam

Serbien und seine Nachbarländer

Serbien strebt den EU-Beitritt für das Jahr 2020 an. Bis dahin sind noch einige Hindernisse zu überwinden. Die größte Hürde besteht darin, die Beziehungen zu den drei unmittelbaren Nachbarn Kroatien, Bosnien und Kosovo zu verbessern. In all diesen Fällen gilt es, ausgesprochen schwierige Konflikte beizulegen. Diese Konflikte bestehen seit Jahrhunderten und beruhen auf kulturell begründeten Ansprüchen, ethnischen Spannungen, Grenzverschiebungen und Gebietsstreitigkeiten. Dies führt zu gegenseitigem Misstrauen, das wiederum leicht in offene Feindseligkeit umschlägt. Diese Konflikte belasten die Wirtschaftsbeziehungen und gefährden die Entwicklung der einzelnen Länder.

Bislang ist es Kroatien und Serbien nicht gelungen, die Verletzungen, die sich die beiden Länder während des Zweiten Weltkriegs gegenseitig zugefügt haben, zu überwinden. Die Regierungen zu beiden Seiten der Grenze halten die schmerzhaften Erinnerungen an diese Zeit lebendig. Durch den Krieg von 1991 wurde die Verbitterung noch verstärkt. Das Massaker an Kroaten in Vukovar und die Vertreibung der Serben aus der Krajina ließen den Hass wieder aufflammen. Während unserer Reise prangerte die Belgrader Presse die Völkermordpläne der politischen Verantwortlichen aus Zagreb lautstark an.

In Bosnien sind die Beziehungen zwischen den beiden Nachbarländern durch das Schicksal der serbischen Minderheit stark belastet. Die führenden Mächte waren der Ansicht, dass die Spannungen zwischen den bosnischen Muslimen und den „großserbischen“ Nationalisten durch eine dezentralisierte Machtstruktur und eine kollegiale Beschlussfassung beigelegt werden könnten. Dieser Versuch scheiterte jedoch. Der 1995 beendete Bürgerkrieg flammte zwar nicht wieder auf, aber die beiden Bevölkerungsgruppen schotteten sich mehr denn je voneinander ab. Die serbische Bevölkerung sprach sich in einer Volksabstimmung mit großer Mehrheit für eine Angliederung an das Mutterland aus.

Noch größere Probleme sind mit dem Kosovo verbunden. Die Existenz des Staates Kosovo wird von der im Norden des Landes lebenden serbischen Minderheit ignoriert. Die Regierung in Belgrad verkündet lautstark, dass sie keinerlei Absicht hege, die Legitimität der Institutionen in Pristina anzuerkennen. Der Europäischen Union ist es unlängst mit Druck und Versprechungen gelungen, ein Treffen zwischen den beiden Ministerpräsidenten zu organisieren. Dabei kamen jedoch nur Floskeln und zweitrangige technische Vereinbarungen heraus.

Die wirtschaftliche Entwicklung der gesamten Region wird durch diese angespannte Lage stark beeinträchtigt. Im Kosovo, wo es an Berufs- und Geschäftsmöglichkeiten mangelt, steigt die Armut weiter. Bosnien versinkt im Elend, und ein Ausweg ist nicht in Sicht. In Kroatien sieht es infolge des Beitritts zur Europäischen Union etwas besser aus. Es herrscht jedoch eine hohe Arbeitslosigkeit im Land, und die Gehälter sind niedrig. In Serbien fehlt es an Beschäftigungsmöglichkeiten für junge Menschen, die massiv abwandern und nicht an Rückkehr denken.

Es wäre falsch, wenn die Union diese vier Staaten, die mehr oder weniger stark von Instabilität und Korruption betroffen sind, weiterhin so behandelte, als hätten sie nichts miteinander zu tun. Eine Gesamtlösung ist notwendig, da ihre Schicksale untrennbar miteinander verbunden sind. Es ist an der Zeit, dass dies in Brüssel erkannt wird! Und es bleibt zu hoffen, dass rasch gehandelt wird. In allen vier Staaten verschlimmert sich die wirtschaftliche, gesellschaftliche

und politische Situation, und der Extremismus gewinnt an Boden. Daraus kann weder für die Region noch für Europa insgesamt etwas Positives erwachsen. Das ist meiner Meinung nach die wichtigste Erkenntnis aus unserer Reise nach Serbien.

Michel Pinton

Serbien und seine ökonomische Situation

Nach einem Assoziierungsabkommen 2008 wurde 2012 **Serbien ein EU-Beitrittskandidat**, ist es für eine Mitgliedschaft gewappnet?

Serbien, das am Rande die Pannonischen Tiefebene mit seinem Teil des Dinarischen Gebirges liegt, war historisch immer mit Ungarn und Bulgarien verbunden, etwa 500 Jahre in der Hand der Türken und zählt heute zu den ärmeren Habsburgischen Nachfolgerstaaten hinter Kroatien und Rumänien.

Sein Pro/kopf-Einkommen ist mit 12.450 \$ p.a (der mittlere Verdienst bei 300 €) gering, denn die Produktivität etwa in der Landwirtschaft ist sehr niedrig und trägt nur mit 8% zur globalen Wertschöpfung(Brutto-Inlandsprodukt).Von den 7,1 Mio Einwohnern, viele Großfamilien, gibt es 1 Mio in der Schattenwirtschaft und eine hohe Arbeitslosigkeit.

Die **ausländischen Direktinvestitionen** waren sogar 2015 rückläufig, vielleicht durch die trotz Harmonisierung des Rechtssystems mit dem EU-Recht andauernden politischen Risiken. Es ist nicht nur die Instabilität nach den Kriegen mit Kroatien, Bosnien, Kosovo und dem NATO Bombardement zur Milosevic Zeit, sondern auch die Unzufriedenheit und steigende Enttäuschung, dass die Selbständigkeitserklärung Kosovos international von den meisten UNO-Staaten anerkannt wird. Die Beziehungen zu Moskau (Freihandelsvertrag) werden von vielen Serben als Hoffnung gesehen, dass der sowjetische Rückhalt ihnen das Kosovo zurück bringen könnte. Dabei benutzen die Russen geschickt die Serbische Freundschaft mit steigender Propaganda, auch zum billigen Erwerb der dortigen Raffinerien.

Die Privatisierung ist vielleicht nicht weitreichend genug, verglichen mit anderen Transitökonomien, auch wenn viele ausländische Banken schon im Land sind.

Während die Inflation gering ist- geringe Arbeitskosten- ist die **finanzielle Stabilität** mit steigendem Defizit des Haushalts und wachsender Verschuldung noch nicht erreicht.

Die EU trugt zur Unterstützung bisher mit 3,3 Mrd Pre-Accession Aid bei.

Während die Direktinvestitionen mit 3,1 Mrd € sich auf 78 Projekte bezogen schienen uns ehemaligen Abgeordneten die **Regions-Kooperationen** der von uns besuchten Städte Novi Sad(Voivodina)und Nis, etwa mit Baden/Württemberg und Hessen, aber auch mit China sehr erfolgreich.

Beide Städte- im Norden, wie im Süden - sind Schul-und Universitätsstädte, die besonders viele Ingenieure ausbilden. Die IT Zentren bilden wiederum Anreize für viele mittelständische Firmen: Novi Sad beschäftigt allein 2000 Ingenieure.

Serbien mit seiner geostrategischen Position zwischne Türkei und EU mit verschiedenen **Freihandelszonen**, **ist als möglicher Investitionspartner gesucht, gerade auch über das Mittelstands-Netzwerk der EU. Hoffen wir, dass die Entwicklung zu mehr Stabilität so weiter läuft.**

Ursula Braun-Moser

Eine baldige EU-Mitgliedschaft Serbiens ist nicht sicher

Seit 2014 ist Serbien Kandidat für den Beitritt zur EU. Die offizielle Einstellung der serbischen Regierung zu einer Mitgliedschaft in der EU ist weiterhin positiv.

Dennoch müssen noch zahlreiche bedeutende Hindernisse, die einer Mitgliedschaft im Wege stehen, überwunden werden. Wir dürfen hoffen, dass dies gelingen wird. Serbien, das dazu berufen ist, eine Führungsrolle auf dem Balkan einzunehmen, könnte ein stabilisierender Faktor in einer Region Europas sein, die allzu lange Zeit ein Pulverfass nationalistischer Ausbrüche war.

In wirtschaftlicher Hinsicht erzielt Serbien, wenn auch langsam, Fortschritte. In politischer Hinsicht verbleiben jedoch mindestens drei Hindernisse. Vor allem sind nur geringe Fortschritte, wenn überhaupt, bei der Normalisierung der Beziehungen zwischen Serbien und dem Kosovo zu verzeichnen. Es ist besorgniserregend, dass der politische Dialog zwischen Serbien und der Regierung des Kosovo, der in dem Brüsseler Abkommen aus dem Jahr 2013 vereinbart wurde, abgerissen ist. Insbesondere die Gespräche über Sonderrechte für die serbische Minderheit sind zum Stillstand gekommen.

Ein weiteres Problem ist die zunehmende Tendenz in der Region, die Integrations- und Beitrittspolitik der EU nicht ernst zu nehmen. Russland, das über weit zurückreichende historische Verbindungen zu den Balkanländern verfügt, drängt in dieses neue Machtvakuum in der Region. Es nutzt seine „Soft Power“, um seinen Einfluss auf dem Balkan auszudehnen und die Herzen und Köpfe für sich zu gewinnen. Dies gilt auch für Serbien. Russland hat über die vergangenen Jahre hinweg bei Serbien gepunktet, in dem es z. B. gegen eine Resolution der Vereinten Nationen, mit der das Massaker von Srebrenica als Völkermord verurteilt werden sollte, sein Veto eingelegt hat. Russland unterstützt Serbien in seiner Politik gegenüber dem Kosovo. Serbien seinerseits unterstützt die gegenwärtigen Sanktionen des Westens gegen Russland nicht.

Daher vollzieht Serbien gegenwärtig einen schwierigen Balanceakt zwischen seinem Ziel, Mitglied der EU zu werden, und einer positiven Einstellung gegenüber Russland. Zunehmend stellt sich Serbien als eine Brücke zwischen der EU und Russland dar, so als ob es zu diesen beiden Partnern gleichwertige Beziehungen unterhalten würde. Letztendlich wird Serbien diese Vision nicht aufrechterhalten können.

Es genügt, sich die Wirtschaftsbeziehungen anzusehen: Die Handelsbeziehungen und Direktinvestitionen zwischen der EU und Serbien machen mehr als 70 Prozent des gesamten serbischen Handels aus. Die Handelsbeziehungen und allgemein die wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland sind dagegen wenig ausgeprägt.

Die traditionellen Beziehungen zwischen Serbien und Russland können selbstverständlich aufrechterhalten werden, aber gleichzeitig sollte sich die serbische Regierung die Werte der EU, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, zu eigen machen. Schließlich hat sich Serbien dazu verpflichtet, sich nach und nach an der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik zu beteiligen, was die Nichtanerkennung der Besetzung der Krim durch Russland einschließt.

Im innenpolitischen Bereich gehört die Meinungsfreiheit zu den Werten, auf denen die EU beruht, und die Achtung dieser Werte ist bei der Bewertung der Bestrebungen eines Landes,

Mitglied der EU zu werden, von zentraler Bedeutung. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass die Entwicklung freier Medien auf dem westlichen Balkan gemäß der Weltrangliste der Pressefreiheit für das Jahr 2016 entweder stagniert oder rückläufig ist. Unglücklicherweise trifft dies auch auf Serbien zu.

Insbesondere die Verzögerungen bei der Umsetzung der neuen Mediengesetze, die einen besseren Schutz der Unabhängigkeit der Journalisten gewährleisten sollen, sind besorgniserregend. Die Meinungsfreiheit und die Pressefreiheit, eine unabhängige Justiz und eine umfassende parlamentarische Kontrolle des Handelns der Regierung sind wesentliche Elemente der europäischen Kultur.

Fazit: Serbiens Geschichte des 20. Jahrhunderts war sehr turbulent. Seitdem hat Serbien einen langen Weg zurückgelegt. Die serbische Regierung erkennt zweifellos an, dass es keine Alternative zu dem Weg nach vorne gibt. Es liegt jedoch noch ein erheblicher Abschnitt des Wegs vor ihr.

Laurens Jan Brinkhorst

Rechte der Frau & Gleichstellung der Gleichstellung in Serbien

Aleksandra Lekic, Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes, fand in der Sitzung mit unserer Delegation des Vereins der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments klare Worte: „In Serbien ist kein einziger Arbeitsplatz sicher. Auf dem Arbeitsmarkt sind Frauen Opfer weitreichender Diskriminierung und zahlreicher Vorurteile, ihre Arbeitsplätze sind unsicher, sie arbeiten ohne Vertrag, von ihnen wird immer mehr Flexibilität bei weniger Sicherheit gefordert, schwangere Frauen und Frauen im Mutterschaftsurlaub werden entlassen, und sie werden sexuell belästigt und bei Beförderungen und der Bezahlung nicht gleich behandelt. Offiziell lag die Arbeitslosenquote bei 13–15 %, in Wirklichkeit ist sie allerdings deutlich höher. Frauen sind häufiger arbeitslos als Männer, und die Jugendarbeitslosigkeit ist rasant angestiegen.“

Serbien befindet sich in einer entscheidenden Phase seiner politischen und sozioökonomischen Entwicklung. 2008 wurde das Land von der weltweiten Wirtschaftskrise getroffen, nachdem sich gerade erst ein wirtschaftliches Wachstum eingestellt hatte, was zu einer Verringerung der Armut und einem höheren Lebensstandard geführt hatte. Die Gleichstellungspolitik wird von Grundsätzen bestimmt, die in zentralen internationalen Rahmenprogrammen wie der Erklärung und Aktionsplattform von Peking, dem UN Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau sowie dem neuen Rahmen der EU für die Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung der Frauenrechte genannt werden und mit dem EU Beitrittsverfahren Serbiens (insbesondere Kapitel 19 und 23) im Einklang stehen.

Was die Gleichbehandlung anbelangt, sind die arbeitsrechtlichen Vorschriften noch nicht vollständig umgesetzt worden. Die Beschäftigungsquote der Frauen (38,3 %) in Serbien ist deutlich niedriger als in der Union der 27 (58,5 %). Zwar sind Frauen nach wie vor nicht im gleichen Maße wie Männer erwerbstätig, aber die Quote der Frauen in Leitungsgremien liegt bei 16 % und ist damit höher als im EU Durchschnitt (14 %). Gleichzeitig fällt der Anteil der in der nationalen Regierung vertretenen Frauen mit 11 % im Vergleich zum EU Durchschnitt (26 %) sehr gering aus. Auf nationaler und regionaler Ebene sind Frauen in Exekutive und Legislative unterrepräsentiert.

In Serbien wurden Maßnahmen ergriffen, um die Rechte lesbischer, schwuler, bi-, trans- und intersexueller Personen (LGBTI) besser zu schützen. Es gibt zudem Bemühungen, die Teilhabe von Frauen aus schutzbedürftigen Bevölkerungsgruppen am Wirtschaftsleben zu fördern, darunter Frauen in ländlichen Gebieten, Roma Frauen, Frauen über 60, Opfer von Gewalt und Angehörige ethnischer Minderheiten.

Insbesondere werden Bedenken hinsichtlich der Gewalt gegen Frauen geäußert, wobei darauf hingewiesen wird, dass die Zahl der von ihrem Partner getöteten Frauen zugenommen hat, nicht genügend Frauenhäuser zur Verfügung stehen und es keine nationale Notrufstelle für Frauen gibt. Es liegt auf der Hand, dass Rechtsvorschriften und Mechanismen zum Schutz von Frauen gegen jede Form von Gewalt gestärkt werden müssen. Wie die Soziologieprofessorin Marina Blagojevic Hughson, die wir in Novi Sad trafen, erklärte, führt der „Aufholprozess“ zu bestimmten Rollenmodellen, in denen sich sowohl im privaten als auch im öffentlichen Bereich eine hohe Abhängigkeit von den weiblichen Humanressourcen beobachten lässt, durch die die individuelle und kollektive Verhandlungsposition der Frauen in der Regel gestärkt wird. Die ausgeprägt patriarchalische und frauenfeindliche Ideologie führt jedoch dazu, dass die

Errungenschaften der Frauen ausgehebelt werden, eine permanente hohe Ausbeutung ihrer Ressourcen möglich ist und Frauen erfolgreich domestiziert und besänftigt werden.

Marina Blagojevic erklärte zudem, dass die Familie das Fundament des privaten Bereichs in Serbien bilde, und die fehlende institutionelle staatliche Unterstützung für Familien nach wie vor weitgehend durch verwandtschaftliche Netzwerke aufgefangen werde. Somit komme der oftmals erweiterten Familie eine herausragende Bedeutung als „Überlebenseinheit“ zu.

Ich möchte hinzufügen, dass das Rollenmodell in Serbien viele Merkmale aufweist, die auf die fünf Jahrhunderte währende und 1878 beendete osmanische Besatzung zurückgehen. In allen Balkanstaaten kämpfen Frauen nach wie vor dafür, aufzuholen und sich von der im Balkan vorherrschenden anachronistischen und patriarchalischen Kultur, die im Widerspruch zu Modernisierung und Geschlechtergerechtigkeit steht, zu befreien. Die EU weist den Weg!

Anna Karamanou

Auf den Spuren von Konstantin dem Grossen

Serbien, ein Land, in dem Handelsrouten und Zivilisationen aufeinandertreffen und das von vielen Gegensätzen gekennzeichnet ist, ein Land, in dem sowohl die Natur als auch die Geschichte eine wesentliche Rolle spielen und das immer schon ein Schauplatz von Zusammenstößen war, ist ein Land, in dem Kriege, Feuersbrünste und Zerstörungen zwar Spuren hinterlassen, aber gleichzeitig auch die geschichtliche und kulturelle Identität des Landes gestärkt haben.

Serbien war einer der wichtigsten Schwerpunkte der prähistorischen Zivilisation in Europa.

Der römische Kaiser Konstantin der Große, der im Jahre 313 das Edikt von Mailand über die Religionsfreiheit erließ und im Jahre 330 Konstantinopel gründete, wurde im Jahr 274 in Niš, dem Verwaltungszentrum des Distrikts Nišava im Süden Serbiens, geboren, einem wichtigen Knotenpunkt der durch den Balkan und weiter nach Europa verlaufenden Autobahnen, die Kleinasien mit Europa verbinden.

Niš hat im Laufe seiner Geschichte unter der Herrschaft der Goten, der Bulgaren und der Ungarn gestanden; nach ihrer Rückeroberung durch die Serben wurde die Stadt im Jahr 1375 von den osmanischen Türken eingenommen. Davon zeugt die große Festung, die 1719/1730 auf den Grundmauern der römischen, byzantinischen und mittelalterlichen Festung errichtet wurde. Sehr beeindruckend ist der „Schädelturm“ (Ćele kula): In seinen Mauern befinden sich noch heute 58 Schädel serbischer „Rebellen“ (ursprünglich waren es 952); er war von den Türken nach dem Sieg von Čegar 1809 zur Abschreckung errichtet worden und wurde von den Serben erhalten, um zu zeigen, welchen Preis ihre Väter für ihre Unabhängigkeit zahlten.

Die archäologische Ausgrabungsstätte „Mediana“, eines der ältesten christlichen Bauwerke, ist von außergewöhnlicher Schönheit. Hier befand sich einer der Paläste der römischen Kaiser: eine aus dem 3. und 4. Jahrhundert stammende, 40 Hektar große, mit Fresken und Mosaiken geschmückte Anlage. Sie liegt in der Nähe des Flusses und der Thermalquellen und ist mit zahlreichen Gärten, Beeten, Höfen, Skulpturen, Säulen, Brunnen, Schwimmbecken und Baderäumen ausgestattet, für die bemerkenswerte Bewässerungsanlagen geschaffen wurden.

Heute ist Niš ein akademisches Exzellenzzentrum mit etwa 30 000 Studenten sowie zwölf Fakultäten und innovativen Forschungslabors. Die Stadt ist eines der wichtigsten serbischen industriellen Zentren in den Bereichen Elektronik, Automobilherstellung, Maschinenbau, Textilien und Tabak. Als drittgrößte Stadt Serbiens mit etwa 300 000 Einwohnern ist sie Gastgeber zahlreicher Kultur- und Sportveranstaltungen und verfügt zudem über zahlreiche Mineral- und Thermalquellen.

Unsere Delegation wurde von dem Bürgermeister Darko Bulatović und dem Stadtratsvorsitzenden Rade Rajković herzlich empfangen. Sie betonten, dass es erforderlich sei, die internationalen Beziehungen auszubauen, und stellten ein Programm für die Entwicklung der lokalen Wirtschaft vor, das aus Projekten bestand, mit denen ausländische Investoren angezogen werden sollten. Dieses würden verpflichtet sein, örtliche Arbeitskräfte zu beschäftigen, um die Arbeitslosigkeit zu verringern. Die Investitionsstrategie beruht auf einem Ausbau der Infrastruktur, wie etwa des Straßennetzes und der Flughäfen, und auf der Stärkung des Mitteleuropäischen Freihandelsabkommens CEFTA und der Abkommen mit den europäischen Staaten.

Serbien legt großen Wert darauf, sein kulturelles Erbe bekannt zu machen, wie etwa die Kandidatur von Novi Sad als Europäische Kulturhauptstadt für das Jahr 2021 zeigt. Novi Sad liegt am Nordufer der Donau und ist die Hauptstadt der Region Vojvodina. Die Stadt ist ein bekanntes industrielles, akademisches und kulturelles Zentrum; das hiesige Musikfestival EXIT ist weithin bekannt und die Stadt verfügt über zahlreiche Museen und Kunstgalerien mit Kunstwerken und archäologischen Funden.

Serbien ist entschlossen, der Europäischen Union beizutreten, und überprüft sorgfältig die Kapitel des Beitrittsvertrags, insbesondere jene zur Justiz und zu den Menschenrechten. Das Land hat jedoch nicht die Absicht, die Unabhängigkeit des Kosovo anzuerkennen und will auch weiterhin das traditionelle Bündnis mit Russland beibehalten, das sowohl auf der slawischen Identität und dem orthodoxen Christentum als auch auf den wirtschaftlichen, politischen, militärischen und kulturellen Übereinkommen beruht, die insbesondere in den Bereichen Infrastruktur und Energie wichtige Handelsmöglichkeiten geschaffen haben.

Ich persönlich bin der Auffassung, dass der Beitritt Serbiens zur EU für das Gleichgewicht auf dem Balkan und im Hinblick auf die Vollendung des europäischen Projekts in geschichtlicher und kultureller Hinsicht wichtig ist.

Monica Baldi

Wojwodina: die Einwohner, in Vielfalt geeint“

Vor dem Restaurant, in das wir in den Wäldern am Stadtrand Novi Sads eingekehrt sind, flimmert das Wasser der Donau in der Sonne dieses freundlichen Frühherbstes. Einige Freizeitboote schaukeln auf dem Wasser, und auf der anderen Uferseite zeichnen sich auf den grünen Hügeln die roten Dächer vereinzelter Häuser und ein schöner Zwiebelturm ab, der für die ehemalige österreichisch-ungarische Monarchie charakteristisch ist. An diesem Nachmittag überkam uns in der breiten, von Cafés gesäumten Fußgängerzone der Hauptstadt der Wojwodina in dieser reizenden und friedvollen Landschaft ein heiteres Lebensgefühl.

Und dennoch zeichnet sich diese autonome Provinz im Norden Serbiens, die eine der ethisch vielfältigsten Regionen Europas ist, in der Theorie mit sämtlichen Charakteristiken eines Gebiets aus, das von Spaltungen zwischen den Gemeinschaften heimgesucht werden könnte – und das in einer Region, in denen solche Konflikte ausgebrochen sind und noch immer heftige Spannungen auslösen. Ende des 17. Jahrhundert war die Wojwodina – unter dem Schutz der österreichisch-ungarischen Monarchie – Zufluchtsort serbischer Bevölkerungsgruppen, die dem Ansturm und den Übergriffen des ottomanischen Reiches ausgesetzt waren; ihre weitläufige, besonders fruchtbare Ebene und der Donauflusshafen in Novi Sad zogen Kolonisten und Händler aus allen Regionen der Habsburger Monarchie an.

So ist die Wojwodina zu einem richtigen Schmelztiegel geworden, und sie kann sich damit rühmen, Einwohner aus 22 oder 23 verschiedenen „Nationalitäten“ oder Bevölkerungsgruppen zu beherbergen, in der im friedlichen Miteinander über ein Dutzend Sprachen gesprochen und unterschiedliche Religionen praktiziert werden...

Die Gesprächspartner bei unserem Besuch in Novi Sad – Mitglieder der Provinzversammlung und ihrer Regierung – sind darüber besonders stolz; mit Begeisterung erläuterten sie uns das demokratische Model, das eingerichtet wurde, um diese kulturellen und sprachlichen Identitäten bewahren zu können. Die Bürger, die – auf freiwilliger Basis – erklären, einer Minderheit anzugehören, beteiligen sich – über ihre Teilnahme an den regionalen und nationalen Wahlen in ihrer Eigenschaft als serbische Staatsangehörige hinaus – an der Wahl zum sog. Nationalrat der jeweiligen Minderheit, der bei allen Fragen im Zusammenhang mit Kultur, Bildung und Sprachgebrauch konsultiert wird. Übrigens verfügt die Provinz über fünf Amtssprachen, die auf allen öffentlichen Gebäuden vorzufinden sind: das Serbische, das von ungefähr 75 % der Einwohner oder 1,3 Millionen Menschen, das Ungarische, das von etwa 300 000 Menschen, und das Slowakische, das von 50 000 Menschen gesprochen wird, sowie das Rumänische und Ruthenische, die die Muttersprachen von jeweils einigen Zehntausend Menschen bilden. Unsere Gesprächspartner betonten, dass die sog. Nationalräte der Minderheiten im Rahmen der EU-Beitrittsverhandlungen konsultiert werden, insbesondere was das unlängst eröffnete Kapitel 23 über Grundrechte betrifft. Mit einem Lächeln erzählten sie uns, dass die Wojwodina mit ihrem pluralistischen Konzept der Staatsbürgerschaft als Übereinanderschichtung von staatlicher, territorialer und kultureller Zugehörigkeit ein Modell für Europa sein könnte...

Unser Aufenthalt in der Wojwodina war zu kurz, als dass wir der gelebten Realität dieses Pluralismus hätten auf den Grund gehen können. In einer Zeit, in der sich angesichts der Erschütterungen der Globalisierung so ziemlich überall in unseren europäischen Ländern Fragen und Spannungen im Zusammenhang mit der Identität vervielfachen, würde es sich

lohnem, mehr über dieses „Zusammenleben“ in Erfahrung zu bringen, von dem wir nur hoffen können, dass der Frieden von Dauer sein wird.

Martine Buron

Die junge Generation

Wie überall, kann der Austausch mit jungen Menschen als authentischer Indikator für die Entwicklung eines Landes gelten. So waren wir gespannt, welche Fragen uns Belgrader Studenten stellen werden. Es war weniger überraschend, dass diese sich vorrangig um das Verhältnis der EU zu Russland, zur Türkei und – natürlich zum Kosovo rankten. Eine gewisse Enttäuschung war wahrnehmbar, dass niemand von uns das Kosovo immer noch als integralen Bestandteil Serbiens ansieht. Bereits Ende Juli hatte das Belgrader Institut für Europäische Fragen in einer Umfrage festgestellt, dass ca. 55 % der Bevölkerung die Integration des Landes in die EU unterstützen. Entgegengesetzt tendieren aber die meisten jungen Serben unter 29 Jahren eher zu einer engeren Bindung an Russland. 51 % von ihnen plädieren gar für das Ende der Verhandlungen mit der EU. Prof. Srbijanka Turajlic begründet als ehemalige stellvertretende Bildungsministerin diese Haltung damit, dass die jungen Menschen keine Kenntnis von Serbiens negativer Rolle bei den Konflikten in Jugoslawien haben und sie leider nur einen Teil der jüngsten Geschichte des Landes lernen. Im persönlichen Nachgespräch sprach eine Studentin vom Genozid der Kroaten an Serben und Nationalisten im Kosovo, die immer noch für ein Groß-Albanien eintreten; wusste aber mit dem Begriff Srebrenica nichts anzufangen! Das sollte alle Alarmglocken läuten lassen.

Es besteht eine gewisse Gefahr, dass die Diskussion um den Verlust des Kosovo wichtige innere Probleme des Landes, wie Arbeitslosigkeit, Beschäftigung im Niedriglohnsektor, zukünftige ökonomische Entwicklung; Korruption, Rolle der Medien, Vertrauenswürdigkeit der agierenden Politiker etc. überdeckt.

Der Fairness halber muss ich aber auch erwähnen, dass wir auch jungen Menschen mit einem offenen, hoffnungsvollen Blick auf eine Zukunft des Landes in der Europäischen Union getroffen haben. Sie versuchen mit ihrem persönlichen Engagement zur Entwicklung eines freiheitlich, demokratischen Rechtsstaates beizutragen. Sei der Weg dorthin auch noch so weit.

Ich sehe zwei Wege, um die Mehrheit der jungen Generation für die Einbindung in die Europäische Familie zu gewinnen, was schon aus der geografischen Lage heraus logisch ist.

1. Bildung, Bildung, Bildung.....! Noch im Oktober wird das „Zentrum für Demokratie und Versöhnung in SEE (CDRSEE) das Ergebnis des gemeinsamen Geschichtsprojektes in Form neuer Lehrbücher, die die Zeit vom zweiten Weltkrieg bis zum Jahr 2008 darstellen, herausgegeben. An der Erarbeitung haben sich Historiker aus fast allen Ländern des ehemaligen Jugoslawien beteiligt, um die unterschiedliche Sicht auf die geschichtlichen Abläufe abzugleichen. Leider steht immer noch aus, dass diese Lehrbücher zum obligatorischen Unterrichtsstoff gehören – wie bereits die 2006 veröffentlichten zur Beurteilung der regionalen Geschichte von der Zeit des Ottomanischen Reiches bis zum zweiten Weltkrieg. So bleibt es in der Verantwortung der Lehrkräfte, ob sie das Angebot annehmen oder nicht. Das kann man ändern!

2. Die Europäische Kommission muss bei ihren Verhandlungen mit Serbien alle Möglichkeiten ausschöpfen, dass der Schatten der Vergangenheit nicht das Licht einer europäischen Zukunft überdeckt. Beste Gelegenheit bietet das Kapitel 26 (Bildung und Kultur), das hoffentlich noch Ende dieses Jahres eröffnet werden kann. Zudem können Studentenaustausch; unbürokratische Beteiligung am Erasmus-Programm und die finanzielle Unterstützung von Informationszentren einen wertvollen Beitrag leisten, die Werte der

Europäischen Völkerfamilie zu vermitteln. Die junge Generation muss die Chance bekommen, westeuropäische Länder kennenzulernen, um sich selbst ein Bild zu machen. Die endlich geltende Visa-Freiheit ermöglicht es. Nicht zuletzt ist die EU das einzigartige Beispiel zur friedlichen Lösung von Spannungen, die ja durchaus noch in der Region bestehen. Unsere Delegation war sich einig, dass wir dazu besten Erfolg wünschen.

Gisela Kallenbach

Die Möglichkeit, mit ehemaligen Mitgliedern des Europäischen Parlaments zu sprechen, war für mich und meine Kolleginnen und Kollegen eine wichtige und lehrreiche Erfahrung. Es war uns eine besondere Ehre, Vertreterinnen und Vertreter dieses EU-Organs zu treffen, die zentrale Entwicklungen auf unserem Kontinent über die vergangenen Jahrzehnte hinweg unmittelbar beeinflusst haben. Im Laufe meines Studiums hatte ich nur selten die Gelegenheit, mit Entscheidungsträgern und generell mit Personen zu sprechen, die Zeugen wichtiger politischer Prozesse waren und an ihrer Gestaltung mitgewirkt haben. Diese Möglichkeit war für mich deshalb wirklich einzigartig.

Einige Aspekte unseres Austauschs haben mich besonders beeindruckt. Von Anfang an haben die MdEP einen durch und durch aufrichtigen und offenen Eindruck gemacht. Es war sehr wichtig für uns, zu wissen und zu verstehen, dass wir ihnen wirklich alle erdenklichen Fragen stellen konnten. Somit konnten wir viel darüber lernen, wie die heutige Europäische Union funktioniert und vor welchen Herausforderungen sie steht.

Das Gespräch war außerdem sehr lebendig, da sich viele Mitglieder der Delegation aktiv daran beteiligt haben. Bei der Vorstellungsrunde wurde uns bewusst, aus wie vielen verschiedenen Ländern die MdEP kommen und dass Vertreterinnen und Vertreter desselben Landes teilweise sehr unterschiedliche politische Ansichten haben. Besonders interessant waren die Meinungen der griechischen Mitglieder zur Wirtschaftskrise und die Ansichten der Mitglieder aus dem Vereinigten Königreich zum Brexit. Die unterschiedlichen Sichtweisen der MdEP haben uns die Funktionsweise des Europäischen Parlaments eindrücklich nähergebracht. Sie haben uns außerdem den demokratischen Geist dieses wichtigen Organs vor Augen geführt und gezeigt, dass die MdEP in erster Linie die Bürgerinnen und Bürger vertreten und nicht zwangsläufig die Politik ihres jeweiligen Staates oder ihrer jeweiligen Regierung.

Die Fragen wurden immer an die gesamte Gruppe gerichtet und diejenigen MdEP, die sich angesprochen fühlten, antworteten. Es war interessant für uns, die Ansichten von erfahrenen Politikerinnen und Politikern zu den Beitrittsverhandlungen mit Serbien kennenzulernen. In diesem Zusammenhang erfuhren wir auch, dass es ein Kapitel 35 der Beitrittsverhandlungen gibt, das speziell dem wiederaufgenommenen Dialog zwischen Belgrad und Priština gewidmet ist. Das Hauptaugenmerk wurde auf die Reformen im Rahmen der Kapitel 23 und 24 und auf Reformen im Allgemeinen gelegt, die das Leben und die Entwicklungspotenziale vor allem junger Menschen, aber auch aller anderen Bürgerinnen und Bürger Serbiens verbessern sollen.

Das Thema Flüchtlinge und die Art und Weise, wie die Europäische Union mit dieser Herausforderung umgeht, wurde ebenfalls diskutiert. Wir hörten dazu unterschiedliche Meinungen, aber alle waren sich darin einig, dass eine gemeinsame Lösung gefunden und eine gut durchdachte, systematische Strategie erarbeitet werden muss. Besonders bemerkenswert war hier der gemeinsame Standpunkt von MdEP aus Belgien, den Niederlanden, Frankreich, Griechenland, Zypern und Spanien, deren politische Überzeugungen in anderen Bereichen weit auseinandergehen.

Die Sanktionen gegen Russland wurden ebenfalls thematisiert, woraufhin über die Angleichung der Außenpolitik der EU-Mitgliedstaaten und über Erwartungen an zukünftige Unionsmitglieder diskutiert wurde. Über den Kosovo wurde besonders ausführlich gesprochen, da einige meiner Kolleginnen und Kollegen wissen wollten, ob eine Anerkennung der Unabhängigkeit des Kosovo Voraussetzung für einen EU-Beitritt Serbiens sei, wo doch nicht alle EU-Mitgliedstaaten den Kosovo anerkannt hätten. Die vorherrschende Antwort war, dass

in erster Linie die Fortschritte, die im Rahmen des Dialogs zwischen Belgrad und Priština erzielt worden sind, gewürdigt werden müssten. Mein allgemeiner Eindruck war, dass die MdEP sowohl über dieses Thema als auch über alle anderen Themen offen und ohne Umschweife gesprochen haben.

Darüber hinaus wurde besprochen, welche Möglichkeiten es für junge Menschen aus Serbien und der Region gibt, sich in der Europäischen Union ausbilden zu lassen und dort zu arbeiten. Der Schwerpunkt lag auf den Erasmus-Programmen und dem Europäischen Freiwilligendienst. Die Erfahrungen, die dabei ausgetauscht wurden, werden mir sicherlich bei meinen Bemühungen helfen, mich stetig persönlich und beruflich weiterzuentwickeln.

Stefan Vukojevic

Lyon Deklaration der FPAP* zu „Challenges of Immigration“

Lyon, 3. größte Stadt Frankreichs nach Paris und Marseille, hat ca. 500.000 Einwohner, und liegt in der Mitte der TGV-Strecke Paris-Marseille. Ihre Altstadt und ein Teil der Halbinsel zwischen der Rhone und Saone wurden 1998 UNESCO-Weltkulturerbe. Lyon ist das andere Ende der alten chinesischen Seidenstraße mit einst ca. 40.000 Arbeitern in der Seidenindustrie und heute knapp 300 - Hermès exportiert seine exklusiven Seidenschals - nach China. Die Lyon-Brüder Lumière haben den Film erfunden. Paul Bocuse (1926), legendärer Lyoner Spitzen- und Sternekoch, verwöhnt weiterhin die Gourmets dieser Welt. Der EU-unerstützte Fernsehsender „Euronews“ sitzt in Lyon. Saint-Exupéry kennen alle - das neue attraktive Musee des Confluences auch bald alle.

2 Tage lang diskutierten im Oktober die FPAP-Delegierten aus 15 Nationalparlamenten des Europarats auf Einladung der französischen Delegation unter Alain Levoyer und Jean-Pierre Fourré in dem Lyoner Regional Council Auvergne-Rhône-Alpes. Im Rahmen eines alle zwei Jahre stattfindenden FPAP-Colloquiums.

Unser maltesischer FPAP-Präsident Lino DeBono zeigte sich am Ende zufrieden über das Ergebnis, das in der Deklaration von Lyon mündete; lediglich 4 Delegationen (Türkei, Niederlande, Luxemburg und Schweiz) enthielten sich der Stimme. Die Diskussion war wahrlich intensiv, und Ilona Gränitz (ehemalige MdEP aus Österreich und 2. FPAP-Vize-Präsidentin) gelang es schließlich einvernehmlich, die vielen Abänderungsanträge in das von ihr erarbeitete Diskussions- und Themenpapier einzuarbeiten. Chapeau!

Dazu zählt auch der von unserer FMA eingebrachte Appell an das Europäische Parlament und alle Nationalen Parlamente, eine interparlamentarische Konferenz zu Fragen der Migration und Integration einzurichten.

Die vorgetragenen Bedenken, dass sich daraus gar eine neue Behörde entwickeln könnte, zerstreute Andrea Manzella: „Unser FMA-Vorschlag basiert auf der Notwendigkeit, die Kooperation und Kommunikation zwischen den Nationalparlamenten und mit dem Europäischen Parlament zu strukturieren, in einem Bereich ausschließlich intergouvernementaler Entscheidungen,

charakterisiert durch strenge Abgrenzungen einzelner Nationalparlamente.

Das Ziel ist es, sich anderen Vorstellungen zu öffnen, und ist eine gemeinsame interparlamentarische Kontrolle über den Europarat in einer sehr delikaten Angelegenheit und sollte im Rahmen einer Brüsseler Europaparlamentswoche stattfinden.“

Grundlage für Lyon war die Kiew Erklärung von 2010 unserer Karin Junker (2012/13 4. FPAP-Vizepräsidentin) zu „Migration and Integration in Europe“ und ihre andauernden Bemühungen, einschließlich der Brüsseler Erklärung von 2015.

Wir haben Karin Junker um eine aktuelle Stellungnahme gebeten:

Die Kiew-Deklaration bekannte sich vor allem zur europäischen Lastenteilung und ambitionierten Integrationspolitik: Fast täglich landeten Tote an Spaniens Küste. Später trugen Italien und Malta die Hauptlast. Vor allem Deutschland verweigerte unter Hinweis auf die Aufnahme vieler Kriegsflüchtlinge vom Balkan eine solidarische Verteilung.

Heute hat die Schließung der Balkanroute das Mittelmeer erneut zum Massengrab gemacht. Das Schlepperunwesen agiert weiter. Wenn eine innereuropäische Verteilung nicht erreichbar ist, sollte das Dilemma wenigstens durch die verabredete „flexible Solidarität“ durch materielle und personelle Beteiligung der Aufnahmeverweigerer zu mindern sein.

Abgesehen von der Aufnahme „echter“ Flüchtlinge aus Syrien etc. nach der Genfer Konvention brauchen wir dringend ein europäisches Einwanderungsrecht für legale Einwanderung. Der Lissabonvertrag gibt das vor.“

Die Lyon Deklaration behandelt

- die Geschichte und Auswirkungen von Migration und Immigration (durch Kriege, Klimaveränderung usw.);
- Herausforderungen und Bedrohungen;
- Chancen

sowie

- mögliche Aktionen und Antworten seitens
- der Ehemaligen – der Mitgliedstaaten des Europarats – der Zivilgesellschaft.,

und fordert eine

Charter of Equal Participation in Political and Public Life.

Der Anthropologe Abdellatif Chaouite von TRACES** sowie der Historiker Philippe Hanus von LARHRA*** mahnten eindringlich, unsere alten Denkmuster durch einen modernen Prozess des Umdenkens zu ersetzen.

Brigitte Langenhagen

EPP-DE, (1990-2004)

Verfahren für den Erwerb privater Archivbestände von Mitgliedern und ehemaligen Mitgliedern durch das Europäische Parlament

Erwerb, Auswertung und Bearbeitung

Gemäß dem Beschluss des Präsidiums vom 10. März 2014 über Verfahren für den Erwerb privater Archivbestände von Mitgliedern und ehemaligen Mitgliedern durch das Europäische Parlament bewahrt das Europäische Parlament die persönlichen Archivbestände von Mitgliedern und ehemaligen Mitgliedern auf und stellt Forschern durch die Veröffentlichung dieser Bestände Informationsmaterial zur europäischen Geschichte zur Verfügung.

Zu diesem Zweck erwirbt das Historische Archiv des Europäischen Parlaments die privaten Archivbestände von Mitgliedern und ehemaligen Mitarbeitern, um sie zu bearbeiten. Bei ihrer Bearbeitung werden die Dokumente sortiert, kategorisiert, beschrieben, für die dauerhafte Aufbewahrung vorbereitet, digitalisiert und indexiert.

Verfahren für die Bewertung der Dokumente

Ein Bewertungsausschuss sollte sämtliche hinterlegten Dokumentensätze prüfen und einen Entwurf eines Fachberichts für den Direktor der Bibliothek und den zuständigen Vizepräsidenten erstellen; bei der Bewertung stützt er sich auf die im Beschluss des Präsidiums aufgeführten Kriterien und berücksichtigt die Kosten für die Bearbeitung.

Nachdem ein Vertreter des Vereins der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments konsultiert wurde, erstellt der zuständige Vizepräsident eine Liste der vorrangig zu bearbeitenden Dokumente.

Die Bearbeitung erfolgt entweder durch das Historische Archiv des Europäischen Parlaments nach internationalen Standards oder, sollte das Parlament dies beschließen, durch das Europäische Hochschulinstitut (EHI). Die vom Europäischen Parlament bearbeiteten Dokumente werden digitalisiert und anschließend in säurefreien Archivmappen und -ordnern für die dauerhafte Aufbewahrung in den Archivräumen des Historischen Archivs eingelagert. Damit die Originalschriftstücke erhalten bleiben, gewährt das Historische Archiv lediglich Einsicht in die digitalisierten Kopien öffentlicher Dokumente.

Weitergabe von Dokumenten an das EHI

Beschließt das Parlament, dass ein aus den für eine dauerhafte Hinterlegung eingereichten nicht vertraulichen Unterlagensammlungen ausgewählter Dokumentensatz an das EHI weiterzugeben ist, wird ein Hinterlegungsvertrag zwischen dem ehemaligen Mitglied, dem Europäischen Parlament und dem EHI geschlossen.

Leitfaden im Internet

In Anlehnung an den Vorschlag von Anthony Simpson bei der letzten Hauptversammlung des Vereins der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments wird vom Historischen Archiv ein Online Leitfaden für die Archivbestände von Delegierten und Mitgliedern ab 1952 erstellt. Mit diesem Leitfaden sollen die Suche nach und die Einsicht in Archivbestände ehemaliger Mitglieder ungeachtet des Aufbewahrungsortes erleichtert werden. Dieser Leitfaden wird in die Website des Historischen Archivs des Europäischen Parlaments eingebunden und beinhaltet:

- eine Biografie der Delegierten und ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments und eine Zusammenfassung ihrer parlamentarischen Tätigkeit,
- mehrere Möglichkeiten für den Zugriff auf und die Suche nach Informationen: per Liste, Suchformular, Karte, Plenarsaal des Europäischen Parlaments, Fraktion usw.
- Beschreibung und Standort der Archivbestände der Mitglieder sowie ein Link zu der Institution, die die Dokumente aufbewahrt und archiviert.

Jeder verantwortungsvolle Politiker sollte in der Lage sein, über seine Tätigkeiten als Mitglied des Parlaments Rechenschaft abzulegen. In ihrem Buch „START UP EUROPE“ (Europa in Gang bringen) berichtet Zofija Kukovič ausführlich über ihre Tätigkeiten als Mitglied des Europäischen Parlaments. Gegenwärtige und zukünftige MdEP – insbesondere diejenigen unter ihnen, die sich in denselben Bereichen engagieren wollen, auf die sich Zofija Kukovič spezialisiert hat – werden das Buch interessant finden.

Als Mitglied des Parlaments hat sich Zofija Kukovič fünf Bereichen besonders zugewandt: 1) Gesundheit und Wohlergehen, 2) Wissenschaft und Unternehmertum, 3) Umwelt, 4) Gleichstellungs- und Jugendfragen sowie 5) Entwicklungsländer. Diese Interessengebiete spiegeln wider, was nach Ansicht von Zofija Kukovič die wichtigsten Prioritäten in der europäischen Politik sind. Sie hängen aber auch mit ihrer akademischen Ausbildung und der politischen Erfahrung zusammen, die sie im Laufe der Jahre erworben hat, z. B. als Gesundheitsministerin in Slowenien.

Zofija Kukovič gehörte dem Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit und dem für Industrie, Forschung und Energie sowie den Delegationen für die Beziehungen zu Indien bzw. zu Südafrika an.

Als Politikerin ging sie stets sehr konsequent vor. Zofija Kukovič ist von einer Vision für die Gesellschaft geleitet, die ihrem politischen Engagement in all seinen Dimensionen zugrunde liegt. Dies geht überaus deutlich aus ihrem Buch hervor. Sie stellt den Menschen in den Mittelpunkt ihrer Betrachtungen, setzt sich für einen einfachen, gesunden Lebensstil ein, der zu einer besseren Umwelt beiträgt, und macht sich stark gegen (wirtschaftliche, geografische und geschlechtsspezifische) Ungleichheiten.

In ihrem Buch beschreibt die Autorin sehr einleuchtend, dass ihre Tätigkeit im Parlament, die in Abschnitt 2.1 beschrieben wird, von ihrer Vision geleitet wurde. Beispielsweise ist sie im Bereich Wissenschaft und Innovation eingehend der Frage des Ost-West-Gefälles in der Wissenschaft in Europa nachgegangen. Während meiner Tätigkeit als einer der Berichterstatter für Horizont 2020 hatte ich die Gelegenheit, das Engagement von Zofija Kukovič aus nächster Nähe zu erleben. Sie verteidigte den Standpunkt der EU 13 bei der Ausarbeitung von Horizont 2020 und die Rolle von Frauen in der Wissenschaft und setzte sich dafür ein, den gesellschaftlichen Herausforderungen in den Bereichen Gesundheit, Lebensmittelsicherheit und saubere Umwelt hohe Priorität zuzuerkennen.

Im Gesundheitsbereich hat sie die großen Dossiers (Chemikalien mit endokriner Wirkung, Transparenz bei den Preisen für Arzneimittel, Antibiotikaresistenz, klinische Feldversuche, die Verordnung über Medizinprodukte und die über In-vitro-Diagnostika) sehr genau und mit viel Leidenschaft verfolgt.

Zofija Kukovič hat auch viele Bemühungen und viel Zeit darauf verwendet, Slowenien in Brüsseler Kreisen bekannter zu machen, etwa indem sie Ausstellungen und entsprechende Veranstaltungen organisiert hat. In Abschnitt 2.3 geht die Autorin auf ihr Engagement in Slowenien ein. Sie hat den Kontakt zu den Bürgern weitestgehend aufrechterhalten und Zeit geschaffen, um Grundschulen, Krankenhäuser und Bauernmärkte zu besuchen.

Besonders beeindruckend ist ihr Projekt „Požen' Evropo“ (Europa in Gang bringen), um das es im zweiten Teil des Buches (Kapitel 3, 4, 5 und 6) geht. Im Rahmen dieses Projekts wird ein Wettbewerb („Lebensmittel für Gesundheit und Arbeitsplätze“) veranstaltet, mit dem das Ziel verfolgt wird, neben Lebensmitteln aus heimischer Erzeugung auch die Möglichkeiten für Selbständigkeit und Unternehmertum zu fördern.

Zofija Kukovič hat die Interessen Sloweniens

und die Europas im Europäischen Parlament mit Einsatz, Hingabe und Begeisterung vertreten. Dies geht sehr deutlich aus ihrem Buch hervor, dessen Lektüre eine wahre Freude ist.

Maria da Graça Carvalho

Nachruf auf Winfried Menrad

Ein bedeutender Sozialpolitiker in Deutschland und Europa hat uns für immer verlassen: Winfried Menrad. Von 1989 bis 2004 war er Europaabgeordneter. Fünf Jahre nach seinem Amtsantritt wurde ich MdEP und fand in Winfried einen Kollegen vor, den ich seit vielen Jahren kannte. Er war stellvertretender Bundesvorsitzender der CDA und ich Bundesvorsitzender der Jungen Arbeitnehmerschaft. Er hatte sich stets aktiv für die Gründung der JA auf Landes- und Kreisebene aktiv eingesetzt.

Untrennbar verbunden mit ihm ist der Europäische Betriebsrat, für den er Berichterstatter im Europäischen Parlament (EP) war. Hier machte sich seine profunde Kenntnis der beruflichen Welt bemerkbar. Er arbeitete als Diplom-Handelslehrer an beruflichen Schulen und war 14 Jahre lang Studiendirektor an einem Wirtschaftsgymnasium. Diese konkreten Erfahrungen prägten sein gesamtes politisches Wirken. Solidarität, sozialer Dialog und aktive Partnerschaft gehörten für ihn untrüglich zusammen, um ein besseres Zusammenleben der Menschen zu erreichen. Er hatte einen feinen Sinn für Gerechtigkeit und setzte sich mit Leidenschaft speziell für die Menschen ein, die sich ausgegrenzt oder nicht ernst genommen fühlten. Nicht umsonst galt er als „Anwalt der kleinen Leute“.

Winfried, ein Schwabe durch und durch, war eine grundehrliche Persönlichkeit. Er spürte Ungereimtheiten auf und suchte die konstruktive Auseinandersetzung. Mit seiner Prinzipientreue überzeugte er selbst hartnäckige Kritiker und erreichte deren Wertschätzung, über alle Parteigrenzen hinaus. Große Zustimmung, ja Bewunderung erhielt er für seine Fähigkeit, bei Inhalten ins Detail zu gehen und einen beachtlichen Wissensschatz zu erwerben.

Winfried war ein engagierter Christ und mit dem Sozialreformer Adolph Kolping gedanklich eng verbunden. Vier Jahre lang war er Vorsitzender des Kolpingwerkes von Baden-Württemberg. Auch er war ein Menschenfischer, bemerkenswert bescheiden und immer verantwortungsbewusst.

Auch nach seinem Ausscheiden aus dem EP hielten wir regelmäßig Kontakt - nicht nur, um uns als Wassermänner zum Geburtstag zu gratulieren. Den Gedankenaustausch mit ihm empfand ich als Bereicherung. Es schmerzte, zu erfahren, wie er unter einer Nervenkrankheit litt, die ihn zu erheblichen körperlichen Einschränkungen zwang.

Ich werde Winfried Menrad als einen herausragenden integren Menschen, gütigen Kollegen mit starker Persönlichkeit und treuen Freund in bester Erinnerung behalten.